

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Bestelle Stellung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit
Zutragen, einzelne Nummern 15 Goldpfennige.
Gemeinde-Verbands-Konto Nummer 1.
Postkassenkonto Dresden 12 548.
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 2.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Reizzeile 20 Goldpfennige, Eingeladene
Reklamen 60 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Vedne. — Druck und Verlag: Carl Vedne in Dippoldiswalde.

Nr. 65

Mittwoch den 18. März 1925

91. Jahrgang

Kohlenausgabe

Die kostenlose Abgabe von Kohlen erfolgt:

für Klein- und Sozialrentner sowie Almosenempfänger
Freitag, den 20. März vormittags 8—12 Uhr und
nachmittags 2—4 Uhr
und für Erwerbslose
Sonntag, den 21. März vormittags 8—12 Uhr
im Brauereiheller.

Ausweise, die zum Empfang berechtigen, werden an den
gleichen Tagen in der Zeit von vormittags 8—10 Uhr in der
Polizeiwaache ausgegeben. Jeder Bedarfsteil erhält einen bezug.
einen halben Zentner Kohlen.

Dippoldiswalde, am 17. März 1925.
Der Stadtrat — Fürsorgeamt —

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde, 18. März. Die vom Mieter-
schutzverein für gestern abend nach der „Reichskrone“ einberufene
öffentliche Versammlung, die nicht gerade gut besucht war, fand
unter Leitung des Vorsitzenden genannten Vereins, Reg.-Geh.
Röhre, der nach kurzer Begrüßung dem Vorsitzenden des Bundes
deutscher Mietervereine, Oberpostsekretär Herrmann-Dresden,
das Wort zu seinem Vortrag über Mieterfragen der Gegen-
wart gab. Wenn man heute — so führte Redner aus — die
Zeitungen lese mit ihrem so vielen Unerfreulichen, so möchte
man am liebsten nicht mehr in Deutschland leben, wo es 3. B.
möglich sei, daß von hoher Reichsstelle eine Filmgesellschaft mit
einem großen Betrage finanziert werde, während für den Woh-
nungsbau Geld fehlt; wo durch Finanzhandele aller Art
schonungslos eine Goldmine verloren ging, die gegen die
Wohnungsnot so viel hätte tun können. Etwas inniger als das
hänge die Aufwertungsfrage mit dem Thema des Abends zu-
ammen. Als die deutsche Mieterorganisation vor zwei Jahren
gegen die Aufwertung, wie sie damals Gesetz werden zu sollen
schien, sich aufsprang, seien besonders die Hausbesitzer sehr auf-
gebracht gewesen. Man habe aber verlangt und tue das heute
noch, daß in erster Linie die Sparkasseneinlagen und die Reichs-
anleihe aufzuwerten seien, weil das die Bedürfnissen betreffe und
weil für diese Anlagen die größten Versprechungen für deren
Sicherheit gemacht worden seien. Wegen die Förderung des
Hausbesitzes auf Aufwertung seines eigenen Anteils am Grund-
stück habe man sich gewandt, da der Hausbesitzer schon an seinen
Hypotheken profitiert habe. Die Sparkassen seien erst auf
Drängen der Mieterorganisation überhaupt in die Aufwertung
hereingekommen. Allerdings sei nach Sachverständigenurteilen
nur mit einer Aufwertung der Einlagen mit 3 Prozent im Jahre
1932 zu rechnen. Aufwertung sei im allgemeinen überhaupt nur
aus Ueberflüssen der Wirtschaft aus der Zufuhr möglich; daran
fehle es aber noch. Was in dieser Beziehung in den Wahlver-
sammlungen versprochen worden sei, sei unerfüllbar. Bereits 1920
habe die Mieterorganisation der Reichsregierung 10 Prozent der
Friedensmiete als Wohnungsbaugeschäft angeboten. Diese aber,
wie der Reichstag hätte jedes Verständnis für den Ernst der
Lage auf dem Wohnungsmarkt vermissen lassen und die An-
gelegenheit sehr vernünftiger Weise endlich mit dem ebenfalls auf
unaufrichtigem Drängen der Mieterorganisation geschlossenen
Mieterschutz Gesetz wurde, setzte die Inflation ein. Die ganze
Sache verpuffte. Viel sei damit für den Wohnungsbau ver-
loren gegangen. Die geschlossene Miete reichte in jener Zeit nicht
zur Grundstücksunterhaltung. Erst jetzt zeige sich die tatsächliche
Wirkung. Die Mieterorganisation trete für eine Miete ein, die
das Grundstück erhalte. Die Mietzinssteuer in heutiger Form
behämpfe sie. Mindestens 20 Prozent, am liebsten die gesamte
Steuer müsse dem Wohnungsbau zufließen und zwar im Lande
vorteilhaft nach dem Bedarf. Dazu gehöre noch ein weitläufiges
Wohnungsbauprogramm. Heute herrsche in dieser Hinsicht
Johannesfeuer. Alles, was seit Jahren bezüglich des Wohn-
wesens voraus gesagt hätten, sei eingetreten. Die freie Wirt-
schaft könne die Not nicht heben. Die Wohnungen würden zu
teuer (nach Regierungsrat Hoppe vom Landeswohnungsamt das
5,4fache der Friedensmiete). Aus diesem Grunde sei die freie
Wirtschaft eine Unmöglichkeit. Schon 1914 habe bezüglich der
Kleinwohnungen Wohnungsnot bestanden (das mag für die Groß-
stadt zutreffen), die zu bekämpfen die Baugenossenschaften ar-
beiteten. Es scheint, daß das Reich die Sache in die Hand
nehme und allgemein 20 Prozent Mietzinssteuer für den Woh-
nungsbau freigeben wolle. Notwendig sei auch in Sachsen eine
Grundsteuer, die wirklich fähig sei. Das verbinde die
Spekulation mit dem Bauhand, verbillige dieses und damit die
Miete: Anhalt sei der Beweis. Man sei jetzt drauf und dran,
den Mieterschutz abzubauen eventuell ganz zu beseitigen. Der
Mieter, der sich jetzt unter ihm fühle, dürfe nicht vergessen,
daß hier Ueberwachungen möglich seien. Notwendig sei deshalb
eine starke Mieterorganisation. Redner schildert eingehend den
Vorfall, den der Mieter allein durch Beseitigung des freien Käu-
lungsrechts des Vermieters hat, und fährt fort, die Mieter-
organisation arbeite auf den Uebergang der Zwangswirtschaft zu
einer Planwirtschaft hin auf dem Wege über das Heimstätten-
und Siedlerwesen nach englischem und belgischem Muster. Das
sei der großzügigste Gedanke. Hier sei der Grund und Boden
nicht mehr, wie in Deutschland, Handelsobjekt. Der Deutsche
solle wieder von einem Vaterhaus sprechen können. Man wolle
das deutsche Volk wieder herausführen zum deutschen Boden,
wobei in die Heimstätte. Nur dadurch könne das Volk sich wie-
der frei machen. Ein freies Volk auf freiem deutschen Boden!
(Beifall.) In der Aussprache nimmt zunächst Stadtverordneter
Vogel teil. Er führt das Wort zu längeren Ausführungen, die
er am Schluß in folgender Resolution zusammenfaßt: Es sind
in sächsischer Regel Häuser zu bauen. Mietzinssteuer darf nur
an gemeinnützige Vereine und Genossenschaften abgeben werden.
Insbesondere sind Siedlungen auf Reichsheimstätten aus Mitteln
der Mietzinssteuer in erster Linie zu bezuschussen. Mietzinssteuer
darf durch die Allgemeinheit aufgebracht, sie dürfen nur für die
Allgemeinheit verbraucht werden. Die am 17. 3. in der „Reichs-
kron“ stattfindende Mieterversammlung ersucht die Stadtver-
waltung, in diesem Sinne zu handeln.“ Redner rechnet mit 32 000
M. Mietzinssteuer und meint, daß mit Hilfe von Sparkassenge-
ldern acht Wohnungen beschafft werden könnten. Diese habe
man aber dann auch tatsächlich in der Hand. Bei Privatbauten
sei das später fraglich. Und wenn er und seine Freunde auch
mit dafür gestimmt hätten, Private, die Zuschüsse zum Wohnungs-
bau wünschen, öffentlich zur Meldung aufzufordern, so seien sie
im Prinzip doch nach wie vor für den Regiebau. Sozialrentner
Weißel weist daraufhin, daß er und die, die er vertritt, nicht
in der Lage seien, die volle Friedensmiete zu zahlen, die doch
am 1. 4. 25 eingeführt werden solle. Und der Hausbesitzer werde
darauf Rücksicht nicht nehmen. Stadtverordneter Jähernig tritt
für Einführung der Zwangseinquartierung ein, da der Wohnungs-
neubau den Bedarf viel zu langsam decke, moniert auch, daß jetzt
sogar noch Wohnungen freigegeben worden seien, und bringt fol-
gende Resolution ein: „Die heute in der „Reichskrone“ tagende
Einwohnerversammlung fordert von den Stadtverordneten unserer
Stadt die sofortige Einführung der Zwangseinquartierung, um
damit der drohenden Not der Wohnungssuchenden Rechnung zu
tragen und den Wohnungslosen baldigt eine eintägigen
menschenwürdige Wohnung zu sichern.“ Jähernig spricht sich noch
im Sinne der ersten Resolution aus. Stadtrat Höpfer: Die Aus-
scheidung habe ergeben, daß die privaten Bauwerber selbst Mittel
nicht hätten. Der Private werde auch später die Miete nicht er-
möglichen, dagegen werde die gemeinnützige Wohnung Preis-
regulator sein. Mit Hilfe der Sparkassengelder sei der Bau von
jährlich 15 Wohnungen möglich. Stadtverordneter Hell: Was für
die Mietzinssteuer usw. für gemeinnützige Bauten verwandt
werden. Wenn man jetzt einen anderen Weg einschläge, so in
der Hoffnung, dadurch mehr Wohnungen zu schaffen. Ob der
Bauwerber seinen Anteil selbst bestimme oder sich berge, sei gleich.
Die Hauptfrage sei, daß Privatkapital dem Wohnungsbau zu-
fließen. Stadtverordneter-Vorleser Schumann begründet eben-
falls diesen Mehrheitsstandpunkt und führt weiter aus: Die
Sparkassengelder könnten nicht nur für Dippoldiswalde verwen-
det werden, daran habe auch die Umgebung ein Anrecht. Die Miet-
zinssteuer werde nur 28 000 M. erbringen. Man rechne ja mit
der gleichen Summe Sparkassen- und Privatgelder und erwarte
daraus acht Wohnungen. Ob es so werde, bleibe abzuwarten. Dar-
über für Wohnungen durch die Stadt aufzunehmen, sei eine sehr
sehr fragwürdige Sache. Bewahrheitet sei, daß die Minderheit
der Stadtverordneten (die erste Resolution ist, wie gesagt wurde,
das Ergebnis einer Besprechung derselben), nachdem sie im Jan-
uar mit für den Beschluß, Private zum Bauen heranzuziehen,
gestimmt habe, heute diesen sehr Bedenken vorbringen wollen,
bebahrtlich. Man müsse bedenken, daß von diesen bereits teil-
weise Bauvorbereitungen getroffen und damit Gebäudesummen
gemacht seien. Freiberg schlage den gleichen Weg ein wie
Dippoldiswalde. Der Siedlergedanke werde damit nicht aus dem
Anger verloren. Betreffs der Wohnungen seien vertragliche
Sicherheiten möglich. Erwidert: Wenn die Linke auch im Januar
den erwähnten Beschluß beigetreten sei, so sei ihr prinzipieller
Standpunkt doch nach wie vor der der Resolution. Im übrigen
lasse sie — das habe sie bewiesen — in geeigneten Ausnahmefäl-
len mit sich reden. Die Zwangseinquartierung verwerfe sie,
da die Nachteile die Vorteile überwiegen. Die Abstimmung er-
gibt Annahme der Resolution Erfurth mit Mehrheit und Ab-
lehnung der Resolution Jähernig ebenfalls mit Mehrheit. Der
Versammlungsleiter erwähnt noch verschiedene Fälle, in denen
Mieter und ihre Organisation von der Stadtverwaltung die Ein-
gaben usw. vernachlässigt worden seien. Auch die Baugenossen-
schaft Groß-Dresden habe im Juni wegen Bauhand angefragt, im
November aber Antwort noch nicht gehabt; ob jetzt, wisse er nicht.
Stadtverordneter-Vorleser Schumann: An die genannte Bau-
genossenschaft wurde im November durch den Stadtrat eine An-
frage gerichtet, ob und unter welchen Bedingungen sie hier bauen
würde. Darauf habe sie heute eine Antwort. Bezüglich der ü-
brigen Beschwerden sei er nicht im Bilde, da sie den Rat betreffen.
Er bitte aber um Fixierung jedes einzelnen Falles, damit ihm
nachgegangen werden könne. Nun folgt noch ein kurzes Schluf-
wort des Referenten: An seinen Ausführungen sei nichts kriti-
siert worden. Die sachliche Ausstrahlung der Meinungsverschieden-
heiten in der Aussprache sei ihm sehr angenehm aufgefallen. Die
Frage „Gemeinnutz vor Profit?“ sei ein reines
Rechenexempel. Würden mit letzterem mehr Wohnungen er-
zielt, sei er das Richtige; nur sei das Spekulieren mit solchen
Grundstücken zu unterbinden. Die Darlehen seien zu tilgen und
kamen ja dadurch auch wieder an die Allgemeinheit. Wollte die
Gemeinde Darlehen aufnehmen zum Wohnungsbau, so würden
die Wohnungen viel zu teuer. Notwendig sei die Schaffung
einer deutschen Mieterbank, da heute der Mieter für sein Spar-
geld von der Sparkasse niedrige Zinsen erhalte, für die Spar-
kassen aber in Form hoher Mieten hohe Zinsen zahle. (Die
Mieterbank wird nur auch nicht ohne Verwaltungskosten aus-
kommen!) Dem Sozialrentner usw. müsse das Reich helfen.
Der Hausbesitzer könne einen Mieterlaß nicht gewähren. Der
Hausbesitzer könne bei gutem Wirtschaften heute auskommen.
Keinesfalls dürfe die freie Wirtschaft wieder kommen. Das
könne aber nur eine starke Organisation verhindern. Nach 11
Uhr schloß der Einberufer die würdige verlaufene Versammlung.
— In dem Schlußabschnitt des Berichtes über die Beschäftigung der
Wagenhalle der Weidungsgesellschaft „Heimkehr“ und „Herr-
gesellschaft und der dort getanen Versicherung über ein Konkurrenz-
unternehmen einiger Gemeindeglieder, schreibt uns der Be-
gründermeister Heinrich Röhre, daß da eine Verkennung der
Tatsachen vorliege und fährt fort: Vor ca. 40 Jahren gab es in
Dippoldiswalde 3 Gruppen von Trägern: 1., Gesellschaft Heimkehr,
bestehend aus Wäckern und Fleischern; 2., eine Herrengesellschaft
und 3., die sogenannten Rats- bzw. Armenträger. Die Tätig-
keit der letzteren war bedingt, weil die ausführenden Armen-
und später auch Weidungsgesellschaften die größtmögliche
Ersparnis von jedweden Kosten zur Pflicht machten und dies
nur durch die sogenannten Rats- bzw. Armenträger möglich war.
In diesem Grundlag ist jeder festgehalten und auch danach ver-
fahren worden. Die Einführung der kostenlosen Totenbestattung
hat hierin einige Wandlungen gebracht. Sogenannte Arment-
gründnisse gibt es nicht mehr, doch noch solche der Weidungsgesell-
schaften, für die das Ortsgesetz über die kostenlose Totenbe-

stattung insoweit nicht in Frage kommt, soweit es sich nicht um
Ortszugehörige handelt. Für diese nun kommt grundsätzlich
wieder Bestattung unter Vermeldung aller kostenerhebenden
Leistungen usw. in Betracht und deren Ausführung — direkt
als gegebene Tatsache, da dies hier zutrifft — in den Händen
der „ehemaligen“ Rats- bzw. Armenträger — man kann sagen:
ungewollt — liegt, da die gegenwärtig bestehende „Heimkehr“ zu
einem gleichen Dinge nicht zu arbeiten vermag. Hinsichtlich der
Ausführung anderer Begräbnisse als der des Weidungsgesell-
schaft zu erwähnen, daß in diesen Fällen die kostenlose Totenbestattung
nicht in Frage kam bez. kommt und überhaupt; es grundsätzlich
jedem Einzelnen überlassen bleibt, nach seinem Willen ein Be-
gräbnis auszuführen. Eine Konkurrenz gegenüber der „Heimkehr“
kommt also hiernach nicht in Betracht; ebensowenig auch Gründung
einer neuen Trägersgesellschaft pp. unter Führung des gegen-
wärtigen Begräbnismeisters.

Herr Gewerbeoberstudienrat Meller schreibt uns: In dem
Bericht über meinen Vortrag im Bezirkslehrerverein ist ein
völlig falscher Satz enthalten. Die Rotorpiloten werden nicht
durch Luftstrom angetrieben, es sind dafür besondere An-
triebsmaschinen erforderlich. Der betreffende Satz müßte
etwa folgende Fassung erhalten: Die senkrechten, hohlen Rotor-
piloten werden durch besondere Motoren so in Drehung versetzt,
daß ihre Umfangsgeschwindigkeit 3—4mal so groß ist, als die
jeweilige Windgeschwindigkeit, dadurch entsteht auf der einen Seite
eine Luftanströmung, auf der anderen Seite ein luftverdünnter
(Sog.); die Druckdifferenz ergibt die bewegende Kraft (Auftrieb).
So müßten z. B. bei Windmotoren, aus Rotoren bestehend, ein
besonderer Motor so lange die Rotoren bewegen, bis der Wind-
motor seine Tourenzahl erreicht hat, erst dann kann die An-
triebskraft der Rotore von der erzeugten Kraft entnommen
werden.

Dippoldiswalde. Am heutigen 18. März sind 60 Jahre ver-
gangen, daß sich hier tätige Männer zusammenfanden und die
Freiwillige Feuerwehr Dippoldiswalde gründeten. In der ganzen
Zeit ihres Bestehens haben sich ihre Mitglieder in unermüdetster
Weise in den Dienst der guten Sache und der Dessenlichkeit ge-
stellt und waren, ohne auf Anerkennung oder klingenden Lohn
zu rechnen, sei es bei Feuers-, sei es bei Wassernot stets schnell
hilfsbereit zur Stelle des Nächsten und Gut zu stehen.
Dankbar gedenkt die Bewohner der Stadt ihrer Freiwilligen
Feuerwehr am heutigen 60. Gründungstage, an dem sich die
Wehr zur Hauptversammlung zusammenfindet. Wir haben schon
vor 10 Jahren gelegentlich des 50jährigen Bestehens in einem
längeren Artikel ihrer aufopfernden Tätigkeit gedacht. Im Mai
wird das 60jährige Bestehen unter Teilnahme der Wehren des
Bezirksverbandes und weiterer auswärtiger, auch besondere
österreichischer Wehren mit Kommerz am Vorabend, Kirchgang,
Kranzüberlegung, Ehrenfest und Antrittsfest feierlich
begangen werden. Es wird sich dann Gelegenheit bieten, noch
einmal auf das Wirken unserer Freiwilligen Feuerwehr einzu-
gehen. Für jetzt nur: Habt Dank, ihr wackeren Wehrleute für
all Euer Hilfe, Euer wackeres und unerschrockenes Arbeiten bei
so mancher ernsten Gefahr, Euer Schutz bei Feuersgefahr und
Wassersnot.

Zur Warnung an alle Besitzer von Hochantennen, bei
auftretenden Gewittern die rechtzeitige Erdung der Hochantennen
nicht zu vergessen, sei dieser Vorfall mitgeteilt: Ein Teilnehmer
hatte am Sonntag von acht Tagen nachmittags bereits 1/5 Uhr,
also eine Viertelstunde vor Beginn des Leipziger Radmittags-
konzertes den Apparat empfangsfertig gemacht. Das kurz nach
1/5 Uhr auftretende Wintergewitter, das sich durch einen Witz-
schlag kund tat, veranlaßte ihn, an den Apparat zu eilen, um
ihn abzustellen. Hierbei beging er den Fehler, den Antennen-
stapel aus dem Apparat zu entfernen, ohne vorher den Hebel
des Antennenschalters auf Erde zu legen. Obwohl das Gewitter
schon vorüber war, erfolgte beim Entfernen der Antennen-
führung aus dem Apparat noch eine außerordentlich heftige elek-
trische Entladung, die unter lebhafter Funkenbildung vor sich
ging. Große hellausleuchtende Funken entzündeten sich unter lautem
Knall, so wie wir es bei einem großen Funkeninduktor gewöhnt
sind, längs der ganzen Antennenführung und besonders lebhaft
an den Fingerspitzen der die Antennenführung berührende
Hand. Daß der Teilnehmer vor einem gefährlichen elektrischen
Schlag bewahrt blieb, hatte er nur dem Umstand zu verdanken,
daß er nicht gleichzeitig mit der anderen Hand die Erdleitung
aus dem Apparat entfernte. Man mag hieraus erkennen, wie
empfehlenswert es ist, bei unvorhergesehenem Gewitter und
eingeschaltetem Apparat, ehe man den Apparat an irgend einer
leitenden Stelle berührt, den Hebel des Antennenschalters auf
Erde umzulegen, damit die statische Ladung der Antenne zur
Erde abfließen kann. Eine solche statische Ladung eines metal-
lischen Leiters kann je nach seiner Ausdehnung einige 100
Volt betragen, wenn er einen sehr hohen Isolationswiderstand
hat, was bei gut abgepassten Antennen stets der Fall ist.

Der Volkskirchliche Laienbund für Sachsen hat sich kürz-
lich an den Reichstag mit einer Eingabe gewandt, in der es heißt:
Wir verweisen erneut auf eine Anregung hin, die unser Bund
bereits im Jahre 1922 dem Reichstage und dem Reichsministerium
des Innern unterbreitet hat. Wir empfehlen, das Gedächtnis der
heiligen Opfer des Weltkrieges mit der im deutschen Volks-
empfinden festgewurzelten Sonnenwendfeier des Johannistages zu
verbinden. In Sachsen ist der Johannistag seit langer Zeit zu
einem Gedenktag der Heimgegangenen und zu einem Tage stiller
Friedhofsanacht geworden, an dem viele Lausende zu den Grä-
bern ihrer Angehörigen pilgern. Bei der Wahl dieses Tages
würde die Feier auch in eine Jahreszeit fallen, die Verammlun-
gen an Kriegedenkmälern und Schmach der Gräber gestattet.

Im Prozeß des sozialdemokratischen Oberregierungsrates
Günther, dem die Regierung das Gehalt hatte sperren lassen, weil
er einer Verlesung nicht Folge geleistet hatte, wurde der Staat
verurteilt, das Gehalt an Günther zu zahlen.

Hirschbach. Wie uns mitgeteilt wird, ist der Dienstknecht
der vor kurzem hier ein Eittlichkeitsverbrechen an dem Kinde
seiner Dienstherren beging, nicht, wie erst angenommen wurde,
in Niederleiblich freiwillig in den Tod gegangen, sondern in Dres-
den aufgegriffen und dem Gericht zugeführt worden.

Chronik des Tages.

Das Reichskabinett beabsichtigt, sich am Mittwoch über die neuen Auswertungsabstimmungen endgültig schlüssig zu werden.

Der Bayerische Bauernbund hat beschlossen, der Landwirtschaftsminister und Reichstagsabgeordneten Fehr als Wahlkandidaten für die Reichspräsidentenwahl in Bayern aufzustellen.

Die Deutschnationalen haben Herrn Marx erklärt, daß sie eine Kabinettsabstimmung mit ihm als preussischen Ministerpräsidenten ablehnen müßten, da er Reichspräsidenten-Kandidat sei.

Abfahrtsreise im Bergbau.

Eine Eingabe an den Reichskanzler.

Wie aus Essen gemeldet wird, hat die schwere Abfahrtsreise, die zurzeit im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau herrscht, von Woche zu Woche eine derartige Steigerung erfahren, daß sie für die Erhaltung des Bergbaues und die Existenz der Bergarbeiter zu einer schweren Gefahr geworden ist.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Reichstagsabgeordneten des Ruhrkohlenbezirks, und zwar von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, einschließlich der namhaften Führer der beiden großen Bergarbeiterverbände, eine dringende Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der sie die Forderungen begründen, die ihnen zur Abstellung der Rottlage geeignet erscheinen.

In erster Linie zielt die Eingabe darauf ab, die Kohlentaxe wiederum so zu gestalten, daß die Ruhrkohle Absatz und die Eisenbahn Frachten bekommt.

Die Pariser Besprechung.

Die nächste Konferenz in London.

Der englische Außenminister Chamberlain hatte auf der Rückreise von Genf nach London in Paris eine zweistündige Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten, die alle schwebenden Tagesfragen der internationalen Politik umfaßte. Nach der Zusammenkunft wurde der übliche amtliche Bericht ausgegeben, der sich, wie gewöhnlich, in allgemeinen nichtssagenden Redensarten bewegt. Es heißt darin unter anderem:

„Einer früheren Vereinbarung gemäß setzten die beiden Minister den Meinungsaustausch fort, den sie längst über die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik und insbesondere über das Problem der Sicherheit hatten, mit der Absicht, in vollkommener Herzlichkeit für beide Länder annehmbare Lösungen zu suchen. Das Ergebnis dieser Unterredung war, daß die wesentlichen Punkte der gestellten Probleme genau festgelegt wurden. Die Verhandlungen hierüber werden auf diplomatischem Wege mit den anderen Mächten fortgesetzt werden.“

Nach Beendigung der Beratung erklärte Chamberlain dem französischen Ministerpräsidenten, er hoffe, daß die nächste Unterredung in London stattfinden werde. Herriot antwortete, er sei damit einverstanden.

Herriot befriedigt — Chamberlain optimistisch.

Im Anschluß der Unterredung wurden die Vertreter der Presse von den beiden Ministern empfangen. Herriot erklärte den französischen Journalisten seine Befriedigung über die Besprechung mit Chamberlain aus und fügte hinzu, daß „ein grundsätzliches Einverständnis über gewisse wesentliche Fragen zustande gekommen sei.“

Chamberlain drückte sich bei seinen Mitteilungen an die Presse etwas deutlicher aus: Auf Anfragen erklärte er, er sei sehr optimistisch in Bezug auf die Sicherheitsfrage. Man habe die deutschen Vorschläge ernstlich geprüft und man werde durch den auf diplomatischem Wege fortzusetzenden Meinungsaustausch festzustellen suchen, welcher Vorteil aus diesen Vorschlägen zu ziehen sei. Hinsichtlich der zu beratenden Grenzen mache die britische Regierung keine Ausnahme; jedoch gebe es gewisse Grenzen, an deren Sicherung England mehr interessiert sei, als an anderen.

Die deutsche Ostgrenze und der Sicherheitspakt.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ Bertinaz, schreibt über die Besprechungen Herriots mit Chamberlain: Die deutschen Vorschläge würden weiterhin von der französischen und von der britischen Regierung geprüft, aber der angeregte Pakt werde nicht abgeschlossen werden, ehe nicht Deutschland in den Völkerbund eingetreten sei. Der Pakt werde überdies keine Bestimmungen enthalten, die, soweit eine Revision der deutschen Ostgrenze in Betracht komme, mit Artikel 19 der Völkerbundscharta in Widerspruch ständen, wonach die Ostgrenzen Deutschlands nur durch einstimmigen Beschluß der Völkerbundsversammlung geändert werden könnten. Was die Aufnahme Polens und der Tschechoslowakei in den Pakt betreffe, so sei es noch zweifelhaft, ob die britische Regierung sich damit einverstanden erklären werde, daß die Aufrechterhaltung der Ostgrenzen von allen Westmächten garantiert werde.

Der Magdeburger Prozeß.

Der Eintritt der S. P. D. in die Streikleitung.

Im Magdeburger Prozeß wurde die Beweisaufnahme über das Verhalten der Sozialdemokratie bei dem Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 fortgesetzt. Der frühere preussische Ministerpräsident Otto Braun schilderte, wie er mit Scheidemann und Ebert nur auf den dringenden Wunsch des Parteivorstandes in die Streikleitung eingetreten sei. Es sei weniger darauf angekommen, mit den Streikenden zu verhandeln, als mit den amtlichen Stellen, die den Ausstän-

digen wirtschaftliche Erleichterungen schaffen konnten. Auf Einzelheiten konnte der Zeuge sich nicht mehr besinnen.

Als nächster Zeuge wurde Reichspostminister a. D. Giesberts über den Verhandlungsversuch vernommen, den die Abordnung der Streikenden unter Führung Scheidemanns bei dem damaligen Staatssekretär Wallraf unternommen hat. Er erklärte, er habe Wallraf ganz entschieden davor gewarnt, die Abordnung nicht zu empfangen. Der Streik wäre, wenn Wallraf die Abordnung empfangen hätte, in 24 Stunden beigelegt gewesen.

Der nächste Zeuge, Landtagsabgeordneter Richter, der 1918 bei der Firma Goerz unabhängiger Bertrouensmann war, bestätigte, daß es große Mühe kostete, den sozialdemokratischen Parteivorstand zum Eintritt in die Streikleitung zu bewegen, da Ebert erklärte, der Streik sei gegen den Willen des Parteivorstandes entsandt worden.

Die Gegenzeugen.

Es folgte dann die Vernehmung des Polizeirats Hennig vom Berliner Polizeipräsidium, der aus sagte, daß die Akten über den Streik später vernannt worden seien. Der Streik, so erklärte der Zeuge, sei damals künstlich in die Arbeiterschaft getragen worden zu rein politischen Gründen. Nach den ihm zugänglich gewesenem Berichten sei die S. P. D. aus parteitaktischen Gründen in die Streikleitung eingetreten, um sich von der U. S. P. D. nicht völlig in ihrem Einfluß ausschalten zu lassen. Die Höchstzahl der Streikenden habe nach den Schätzungen des Polizeipräsidiums 185 000 betragen. In den Streiktagen war unter der Arbeiterschaft die Parole verbreitet, Bestimmungsbefehle brauchen nicht mehr befolgt zu werden.

Der Redakteur der Deutschnationalen „Nationalpost“, Klotz, der bis 1919 Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer war, schilderte die bekannte Konferenz, in der Begleit die Gründe mitteilte, aus denen ein Zusammenarbeiten mit den christlichen und gelben Gewerkschaften bei Streiks nicht möglich sei. Bauer berichtete über seine Verhandlungen mit Graf Hertling und behauptete, man habe den alten Mummelgreis durch die Drohung mit dem Eisenbahnerstreik eingeschüchtert. Die Berechtigung des Streiks wurde anerkannt. Außerdem stellte der Vorsitzende der Konferenz fest, daß erst durch den Eintritt der S. P. D. die Bewegung eine große Bedeutung erhalten hätte.

Die Wirkungen des Streiks für die Seetransportführung.

In der Dienstag-Sitzung kam der Streik der Rüstungs- und Werkarbeiter in Kiel zur Sprache, der gleichzeitig mit dem Ausstand der Berliner Munitionsarbeiter Ende Januar 1918 ausbrach. Freiherr v. Forstner schilderte die Folgen des Streiks für den Kriegsschiffbau. Der Ausstand habe seiner Ansicht nach die Rüstung der Flotte stark verzögert. Vor allem aber seien in den Streiktagen und später zahlreiche Minensuchboote gesunken, weil eben die Flotte lahmgelagert gewesen sei.

Der nächste Zeuge ist Kapitän Wersmann, während des Krieges Kapitän zur See und Chef der Zentralabteilung auf der kaiserlichen Werft in Kiel. Die Arbeiter der Torpedowerkstätten in Kiel waren schon am 26. Januar in den Streik getreten. Nach Auskunst der Werftbeamten war der Streik aus politischen Gründen ausgebrochen und bezweckte u. a. einen Frieden ohne Annexionen.

Der 74-jährige ehemalige Werftoberinspektor Richnow aus Kiel machte den Arbeitern bei Wiederaufnahme der Arbeit Vorhaltungen, man antwortete ihm, es seien Weisungen für die Aufnahme des Streiks von Berlin aus gekommen. — Vors.: Sie haben in erster Instanz ausgesagt, daß Sie bei der Streikbewegung den Namen Ebert gekannt hätten. — Zeuge Richnow: Das kann sein. Ob ich den Namen aber tatsächlich gekannt habe, daran erinnere ich mich nicht mehr.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 18. März 1925.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, hat an die Witwe des Professors Geh. Rat v. Wassermann ein Beileidschreiben gerichtet.

Der stellvertretende Berliner Polizeipräsident hat die für den 18. März vorgesehenen öffentlichen Kundgebungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und die öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen der Kommunisten aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verboten.

Oberregierungsrat Mayer von der deutschen Kriegslastenkommission in Paris, der namentlich an der Londoner Konferenz hervorragenden Anteil gehabt hat, scheidet aus dem Staatsdienst aus und tritt in die Direktion des Bankhauses Warburg in Hamburg ein.

Abflauen des Streikes.

Die Streiklage hat eine leichte Besserung erfahren insofern, als die Zahl der Streikenden um 700 auf 10 400 zurückgegangen ist. Der Personenverkehr widelt sich allmählich ab, der Güterverkehr ist geregelt. In Berlin sind verschiedentlich Arbeiter zu ihren Dienststellen zurückgeführt. Ein besonders starkes Abflauen des Streikes ist in Hof in Bayern zu verzeichnen. Dort hat sich die Zahl der Ausständigen auf 243 verringert. In Dresden, Erfurt und Halle ist die Lage unverändert, in Bremen hat sich die Zahl der Streikenden um eine Kleinigkeit vermehrt.

Der siebente Kandidat. Die Zahl der Kandidaten, die sich um den Posten des Reichspräsidenten bewerben, hat sich nun auf sieben erhöht. Der Bayerische Bauernbund hat in dem Reichstagsabgeordneten und bayerischen Landwirtschaftsminister Fehr einen eigenen Wahlkandidaten aufgestellt. Die deutsch-hannoversche Partei hat von der Aufstellung eines eigenen Bewerbers abgesehen. Ein Beschluß des Direktoriums der Partei teilt nach Aufstellung eines föderalistischen Kandidaten in der Person des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held als Parole mit: „Jede deutsch-hannoversche Stimme für Held.“ — Das Organ der „deutschnationalen Freiheitsbewegung“ stellt parteioffiziell fest, daß

die deutsch-böhmische Freiheitsbewegung geschlossen für die Kandidatur Jarres eintritt.

Wenderting der Reichstimmordnung. Das vom Reichstag angenommene Initiativgesetz über die Wenderting des Präsidentenwahlgesetzes, das die Einführung des amtlichen Stimmzettels brachte und im Zusammenhang damit Wahlvorschlüsse einführte, machte noch Ausführungsbestimmungen erforderlich, die vom Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichstages in der zweiten Lesung zur Reichstimmordnung erlassen worden sind. Die Verordnung bringt nähere Bestimmungen über den Inhalt der Wahlvorschlüsse und ihre Zulassung. Die bisherige Vorschrift, daß, wenn für den ersten Wahlgang ein Stimmzettel ausgestellt wird, gleichzeitig ein solcher für den zweiten ausgehändigt wird, wurde gestrichen. Für die Ausstellung von Stimmzetteln wird künftig jeder Wahlgang gesondert behandelt.

Rundschau im Auslande.

Der Wahlprüfungsausschuß des Belgrader Parlaments hat von den 67 auf die Liste der kroatischen Bauernpartei gewählten Abgeordneten 61 Mandate für ungültig erklärt.

Der amerikanische Senat hat die von Präsident Coolidge befürwortete Ernennung Warrens zum Generalstaatsanwalt mit 46 gegen 39 Stimmen zum zweiten Mal abgelehnt.

Die neuen Pariser Verhandlungen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris sind am 16. März verhandlungsbereit wieder aufgenommen worden. An Stelle des erkrankten Staatssekretärs Trendelenburg hat Ministerialdirektor Boffe die Leitung der deutschen Abordnung übernommen. Er hatte bereits mit dem französischen Finanzminister Raynaldy eine längere Besprechung über das Arbeitsprogramm für die nächsten Zusammenkünfte. Da das Protokoll der deutsch-französischen Handelsbeziehungen nur in beschränktem Umfang regeln wird, werden zu den Beratungen in den nächsten Wochen bedeutend weniger Sachverständige als bei den ersten Verhandlungen zugezogen werden. Die Haupt-schwierigkeiten liegen, was die französischen Forderungen anlangt, auf dem Gebiete von Eisen, Baumwolle und Wein. Vertreter der deutschen Schwerindustrie halten sich bereit, auf Abbruch nach Paris zu kommen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 17. März 1925.

Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Nach mehrtägiger Pause hat der Reichstag seine Beratungen wieder aufgenommen. Zu Beginn der Sitzung gedachte Präsident Lübbe der verstorbenen Abgeordneten Frau Dransfeld (Str.), die als eine der ersten Frauen in die deutschen Parlamente eingetreten ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Abgeordneter Koenen (Komm.) Einspruch gegen die Vorzüge in Halle und Berlin, wo Arbeiterblut geflossen wäre. Er beantragte, die schuldigen Polizeibeamten ihres Dienstes zu entheben.

Nach Ablehnung dieses Antrages trat das Haus in die 2. Beratung des Gesetzentwurfs über die

Zusammenfassung der Renten in der Angekündigtenversicherung.

ein. In der Abstimmung wurden sämtliche weitergehenden Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt und die Vorschläge des Ausschusses angenommen.

Aus Stadt und Land.

Ein deutscher Dampfer in schwerer Eisnot. Nördlich von Stockholm und nach der finnischen Küste zu verhiert starkes Packeis jeden Dampferverkehr. Die Temperatur beträgt stellenweise 30 Grad unter dem Gefrierpunkt. Ein Stockholmer Dampfer steht in einer drei Meter dicken Eisschicht. In der baltischen Bucht hat der deutsche Dampfer „Veona“ aus Stettin mit 18 Mann Besatzung drahtlos um Hilfe gebeten. Das Schiff treibt südwärts. Es ist schwer über Eis. Radio hat versagt. Ueberall an der Küste hält man Ausschau nach dem deutschen Dampfer.

Jahrgang bei Wiener Banken. Bei einer Anzahl Banken in Wien sind umfangreiche Fälligkeiten der Aktien der oberösterreichischen Wasserkraftwerk- und Elektrizitäts A.-G. aufgedeckt worden. Die Erhebungen ergaben, daß seit dem Herbst vorigen Jahres von verschiedenen Seiten bei mehreren Bankinstituten mindestens 500 solcher kumulativen Aktien zu 500 Stück, also zusammen 250 000 Aktien zu einem Kurs von 50 000 Schilling in den Verkehr gebracht worden sind.

Der Metallarbeiterstreik in Oberitalien abgeblieben. Zwischen den Vertretern der Metallindustriellen einerseits und den faschistischen Gewerkschaften der Lombardei andererseits ist unter Mitwirkung des Sekretärs der faschistischen Partei ein Abkommen getroffen worden, laut welchem der Abbruch des Metallarbeiterstreiks in der Lombardei und die Unterbindung der Streikpropaganda in den anderen Provinzen angeordnet wird.

Ein japanischer Dampfer untergegangen. Der japanische Dampfer „Uwai-Maru“ ist in einem Taifun auf der Höhe der Insel Rabasshima untergegangen. Fünf Besatzungsmitglieder haben sich zur Unglücksstelle begeben. Ein geringer Teil der Mannschaft konnte gerettet werden. Ein mit Wasser gefülltes Boot ist gefunden worden, das zu dem Dampfer gehört. Im Boot befanden sich drei Leichen. Man fürchtet, daß die übrigen Passagiere und Mannschaften mit Ausnahme der bereits geretteten 16 Mann umgekommen sind.

Im Hofe des Gerichtsgefängnisses Klingelpütz bei Köln wurde der 50-jährige Arbeiter Müncheler hingerichtet, der in Wochen im vergangenen Jahre zwei Mädchen ermordet hatte.

In der Grube „Staraball“ bei Baumholder (Wirkensfeld) wurden durch eine einfallende Felsbede vier Bergarbeiter verschüttet; zwei wurden getötet, die beiden anderen schwer verletzt.

Im Jubaland (Ostafrika) kam es zwischen eingeborenen Stämmen zu einem Kampf, wobei es 60 Tote gab.

In Castelvetrano auf Sizilien wurde eine Räuberbande von 63 Personen durch die Polizei verhaftet. Ein Räuber wurde dabei erschossen.

Reserveexplosion auf einer Ueberlandzentrale.
Durch eine schwere Reserveexplosion ist der Betrieb der Ueberlandzentrale „Süd-Harz“ in Gleichen am Harz stillgelegt worden. Zwei Personen wurden getötet, fünf schwer verletzt. Einer der Verletzten ist im Krankenhaus gestorben.

Ein Polizeibeamter von einem Eindringler erschossen, drei schwer verletzt. In einer Wirtschaft in Düsseldorf hat sich ein Mann durch große Geldausgaben sehr verdächtig gemacht. Als Polizeibeamte ihn verhaften wollten, zog er einen Revolver und feuerte mehrere Schüsse auf die Beamten. Einer der Beamten war sofort tot, drei sind schwer verletzt. Der Täter eilte dann in das erste Stockwerk des Hauses und verbarrikadierte sich dort in einem Zimmer. Die Polizei rief die Feuerwehr herbei, ließ von der Straße aus Leitern anlegen und suchte durch Schüsse in das Zimmer den Mann kampfunfähig zu machen. Beim Eindringen in das Zimmer war der Mann bereits tot. Ob er durch eine Kugel der Polizei den Tod fand oder ob er sich selbst erschoss, ist noch nicht festgestellt. Die Kriminalpolizei vermutet, daß der Mann ein berüchtigter Eindringler sei. Bei dem Toten wurde ein Geldbetrag von mehreren tausend Mark gefunden.

Handelsteil.

Berlin, den 17. März 1925.

Am Devisenmarkt lag der Kurs London schwächer, während der Pariser Franken heute erholt war.

Am Effektenmarkt war die Haltung durchaus schwächer. Das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen. Auch der Rentenmarkt lag schwach. Kriegsanleihe wurde zeitweise stark angeboten.

Am Produktenmarkt war das Angebot stark vergrößert. Trotz der ermäßigten Forderungen zeigten sich die Käufer äußerst vorsichtig. Besonders dringend wurde Hafer zum Verkauf gestellt, auch von Getreide blieb das Angebot erheblich stärker wie die Nachfrage.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Olsaaten per 1000 Kilo, jeist per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 251-255, Roggen Märk. 232-234, Sommergerste 225-248, Winter- und Futtergerste 205-223, Hafer Märk. 183-187, Mais loco Berlin 300, Weizenmehl 32,50-35,25, Roggenmehl 31,75-34,25, Weizenkleie 14-14,10, Raps 390, Vitoriaerbsen 24-29, kleine Speiserbsen 19-21, Futtererbsen 18-19, Pelusiten 18-19, Ackerbohnen 18,50-19,50, Wicken 18,50-20, Lupinen blaue 12-13,50, gelbe 14-15,50, Seradella 14-16, Rapskuchen 16,50-18,70, Leinkuchen 22, Trockenkorn 9,40-9,65, Torfmelasse 30-70 9, Kartoffelstod 18,80-19,10.

Heu und Stroh.

(Amtlich.) Erzeugerpreise für 50 Kilo ab märkischer Station, frei Waggon, für den Berliner Markt in Goldmark: Drahtgepresstes Roggenstroh 1,05-1,35, drahtgepresstes Haferstroh (Quadratballen) 0,80-1,15, drahtgepresstes Weizenstroh (Quadratballen) 0,95-1,20, Roggenlangstroh (Zmal mit Stroh gebündelt) 1,30-1,60, handabengepresstes Roggen- und Weizenstroh 1-1,25, Häcksel 1,30-1,55, handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Befug mit minderwertigen Grasern 2,25-2,55, gutes Heu, desgleichen nicht über 10 Prozent Befug 3,30-3,65, Wiesheu, lose 1,80-2,20, Streehen, lose -.

Kartoffelpreise.

(Amtlich.) Erzeugerpreise für 50 Kilo ab märkischen Stationen. Speisekartoffeln: Weiße 2,10, Rote 2,30, Gelb- fleischige 3,-.

Gedenktafel für den 20. März.

1770 * Der Dichter Friedrich Hölderlin in Dauten a. Neckar († 1843) - 1814 (20. und 21. Sieg der Verbündeten über Napoleon I. bei Arcis-sur-Aube - 1828 * Herrit Wien in Wien († 1906) - * Prinz Friedrich Karl von Preußen in Berlin († 1855) - 1890 Rücktritt des Fürsten Bismarck - 1915 Ende der „Winterschlacht in der Champagne“ (21. Februar-20. März).
Sonnt.: Aufgang 6,4, Untergang 6,12.
Mond: Aufgang 4,7, Untergang 1,4 R.

Deutschland und der Völkerbund.

Die Antwort des Völkerbundesrates auf Deutschlands Note über seinen Beitritt zum Völkerbund zeigt im Gegenfatz zu den vielen Noten und sonstigen diplomatischen Schriftstücken, mit denen wir im Laufe des letzten Jahres von der Entente überschüttet wurden, das scharfliche Bestreben, die Bedenken und Vorbehalte der Reichsregierung vorurteilslos zu prüfen und alle Schwierigkeiten, die dem Anschluß Deutschlands an den Völkerbund noch entgegenstehen, möglichst aus dem Wege zu räumen. Die besondere Bedeutung der Völkerbundsnote ist vor allem darin zu sehen, daß die von Deutschland geforderte Gleichberechtigung, die die Voraussetzung für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bilden muß, auf Grund der Genfer Note als offiziell zugestanden, angesehen werden kann. Von ebenso großer oder vielleicht noch größerer Wichtigkeit ist es, daß Deutschland in der Antwort auf die Tatsache hingewiesen wird, daß es als vollberechtigtes Staatsmitglied selbst über eventuelle militärische Maßnahmen mitzubestimmen haben wird. Endlich kommt in der Note zum erstenmal der offizielle Wunsch des Völkerbundes zum Ausdruck, daß Deutschland sich der Genfer Organisation anschließen möge.

Der höfliche und entgegenkommende Ton der Genfer Antwort darf uns aber nicht vergessen lassen, daß der Völkerbundsrat in dem wichtigsten Punkte unserer Wünsche keine Rechnung getragen hat. Er lehnt jeden Vorbehalt hinsichtlich des Artikels 16 der Völkerbundscharta ab und besteht grundsätzlich darauf, daß jedes Mitglied des Völkerbundes verpflichtet ist, an allen Strafmaßnahmen teilzunehmen, die der Völkerbund gegen einen Friedensstörer beschließen hat. Die Reichsregierung hatte in ihrer Note bekanntlich darauf hingewiesen, daß sich jedes Land durch Anerkennung des Artikels der eigenen Entscheidung über Krieg und Frieden begab, daß es in einen von ihr nicht gebilligten Konflikt hineingezogen werden könne.

sich unnötige Feindschaften zuzieht, Gebietsverlust zuziehen könne und in die Gefahr gerät, zum Kriegsschauplatz für fremde Interessen zu werden. Für das Deutsche Reich, das bei seinem ausgedehnten Gebiet nur 100 000 Mann Soldaten hat, sind diese Möglichkeiten noch viel größer als bei anderen Staaten, die eine größere Truppenmacht und gute Freunde haben, während wir allein dastehen. Unbegrenzte Möglichkeiten sind aber für alle Mitglieder des Völkerbundes gegeben, denn Frankreich und seine Trabanten, welche die Körperkraft in Genf beeinflussen, kennen keine Rücksichten.

Deutschland hat deshalb für seinen eventuellen Eintritt in den Völkerbund seine Vorbehalte gemacht, daß es unter Umständen bei einer Völkerbundresolution gegen ein anderes Land seine Neutralität aufrecht halten und sein Truppenangebot für eine Aktion selbst bestimmen wolle, um sich bei seinen schwachen militärischen Kräften gegen fremden Einfall schützen zu können, aber in Genf hat man, wie gesagt, diese Vorbehalte abgelehnt. Der Völkerbund hat diese Ablehnung zwar in höfliche Worte gekleidet, aber diese wollen für die politische Lage nicht viel bedeuten. Bei uns ist längst die Parole „Nie wieder Krieg!“ ausgegeben, aber bei diesem Artikel 16 mit seinen Sanktionen muß man auf alles gefaßt sein.

Wie wird nun die Entscheidung der Reichsregierung ausfallen? Wird sie um Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nachsuchen, ohne besondere Bedingungen zu stellen, oder wird sie es vorziehen, dem Bunde auch weiterhin fernzubleiben? Versucht wäre es, wenn man die Angelegenheit nunmehr vor heute auf morgen lösen wollte. Die Frage ist zu kompliziert und mit viel zu viel anderen, hochaktuellen politischen Fragen verknüpft, als daß eine Stellungnahme der Reichsregierung schon in den nächsten Tagen möglich wäre. Im übrigen tritt die Völkerbundversammlung, die über ein etwaiges Aufnahmegesuch Deutschlands zu entscheiden hätte, erst im Herbst wieder zusammen. Schon aus diesem Grunde haben wir gar keinen Anlaß, die Angelegenheit zu überstürzen.

Rechte Nachrichten.

Die preussischen Regierungsverhandlungen erneut gescheitert.

Berlin, 17. März. Ministerpräsident Marx verhandelte heute mit den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei über die Neubildung der preussischen Regierung. Diese Verhandlungen sind bis jetzt ergebnislos verlaufen. Die Deutschnationalen erklärten, daß sie ein Kabinettsbildung durch Marx ablehnen müßten, da er Kandidat für die Reichspräsidentenwahl sei. Die fraktionellen Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Nationalsozialistischen Freiheitspartei haben einen gleichlautenden Beschluß gefaßt, der sofort dem Ministerpräsidenten mitgeteilt wurde.

Das Vierteljahrgehalt der Beamten.

Berlin, 17. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstags befaßt sich heute mit der Frage der vierteljährlichen Gehaltszahlung an die Beamten. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums betonte, daß die gesamten Mehrkosten etwa 960 Millionen Mark betragen würden. Im Reichsrat seien gegen die sofortige Einführung der Vierteljahrzahlungen erhebliche Bedenken vom Standpunkt der Finanzgebarung der Länder geltend gemacht worden. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, daß die vierteljährliche Gehaltszahlung an die Beamten mit unmittelbarer Befehlensanweisung spätestens bis zum 1. Oktober 1925 wieder eingeführt werden soll.

Attentat auf Chamberlain?

Paris, 18. 3. Havas verbreitet nachstehende Meldung: Der Schnellzug 5, in dem der englische Außenminister Chamberlain Platz genommen hatte, hielt gestern gegen 10,40 Uhr im Bahnhof Creil plötzlich an. Der Zugführer erklärte dem Reisenden auf Befragen, daß in der Nähe des Bahnhofs Chamilly das Fenster des Salonwagens, in dem sich Chamberlain befand, durch ein Wurfgeschöß zertrümmert worden sei. Die erste Feststellung hat nach Havas ergeben, daß ein ausgelegener Reisender des Pariser Schnellzugs, der den Zug Nummer 15 in Chamilly hielten, durch das Fenster ein Wurfgeschöß geschleudert habe. Das Geschöß konnte noch nicht aufgefunden werden. Wie Havas meldet, liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß es sich um ein Attentat handelt.

Sächsisches.

Schmiedeburg. Die Gemeinde führt nunmehr mit ministerieller Genehmigung ein Siegelbild nach dem Entwurfe des Sächsischen Hauptstaatsarchivs. Das Bild zeigt den von einem Adler getragenen Gott Jupiter mit Blitzbündel und Szepter in den erhabenen Händen und ist vom Hauptstaatsarchiv in anbetrunder seiner historischen und kulturgeschichtlichen Bedeutung gewöhnt und von der Gemeinde angenommen worden. Die Direktion des Hauptstaatsarchivs schreibt hierzu: „Zunächst betreffend zwar das Bild etwas und man fragt sich, was der antike Gott in unserem sächsischen Bergesleben wolle. Wenn man aber feststellt, daß Jupiter die alte Gottheit, in der die Chemie einst allbekannte Darstellung des Metalls Jinn bedeutet, wird sofort der Sinn des Bildes klar; denn dieses Jinn-Symbol war eben auch das Siegelbild der zunehmenden Zwitterschloßgewerkschaft und von ihr als der Bestreiterin wurde dasselbe auch nach Ausweis der alten Siegel als Siegelbild für das Rittergut und Patrimonialgericht Schmiedeburg gebraucht. Es erscheint also sachlich und derbildlich durchaus begründet, wenn die Gemeinde sich dieses alte, mit ihrer Geschichte bereits in enger Beziehung stehende Symbol für ihren Gemeindefeststempel annimmt. Jedenfalls erlangt die Gemeinde dadurch ein charakteristisches und einzigartiges Bild, das sie in bemerkenswerter Weise unter den üblichen und landläufigen Bildern der Hunderte anderer Gemeinden, die nicht in der günstigen Lage sind, heraushebt.“

Schellertan. Der vierte biblische Vortrag des Herrn Pfarrer Ölbert handelte von der Wiederkunft Christi und stand unter dem Kap. 24 des Matthäus Evangeliums. In folgendem sei ein kurzer Auszug gegeben. Unsere dankbare Zeit steht am Vorabend tiefgehender Ereignisse. Die Wiederkunft Jesu ist das Ziel der ganzen Völkergeschichte. So gewiß wie die Sintflut und der Untergang von Sodom und Gomorra, die durch Warnungen vorhergesagt worden sind, eingetroffen sind, so wird Schrecken kommen über eine Christusfeindliche Volk, das reißt für das Gericht Gottes. Einige der bedeutendsten Zeichen des Nahens der Wiederkunft Christi sind: das Auftreten von falschen Christen, antichristlichen Geistesströmungen, Terlehren Kriegen, Hungersnöten, großem Sterben, das Ueberhandnehmen der Juden, der Massenabfall von Gott, keine Ehrfurcht vor dem Bibelbuch, Unsitlichkeit, Sünde gegen den heiligen Geist usw. Wann die Wiederkunft Jesu sein wird, wissen wir nicht. Apostelg. 1, 7.

Wenn die Not am höchsten gestiegen ist, kommt das letzte Zeichen. Off. 1. Jesus Christus kommt in königlicher Macht. Er fängt die Macht des Satans und gründet das Tausendjährige Reich. Off. 12, 5, 20, 3-8. Das ist die erste Auferstehung, an welcher teil haben alle, die den schmalen Weg in der Nachfolge Christi auf Erden gegangen sind. Lassen uns ablegen die Werke der Finsternis und anlegen die Waffen des Lichtes. Röm. 13, 12. Dem nächsten Vortrag „Gibt es ein Weltgericht?“ lag Matth. 25, 31-46 zu Grunde. Die vier großen Tage der Erdengeschichte sind: der Schöpfungstag, der Weihnachtstag, der Karfreitag und der Jüngste Tag. In unserer Seele läßt sich die Ahnung nicht auslöschen, es kommt ein Tag der alle ans Licht bringen wird. Auch die größten Spötter Heine und Voltaire haben auf ihrem Sterbebette noch umgekehrt. Nach dem Tode wird uns ein seliger oder ein unseliger Aufenthalt angewiesen. Dieses Urteil Gottes wird eine öffentliche Bestätigung im Weltgericht erfahren. Der Vater richtet nicht, sondern der Menschensohn. Off. 6. Die Gläubigen werden im Weltgericht anwesend sein, werden aber nicht noch einmal gerichtet. Sie sind die Brautgemeinde, die Christus im Weltgericht umgibt. Alle, die sich im Leben mit Wissen und Willen gegen Christus gewendet haben, werden schon unmittelbar nach dem Tode gerichtet. Mark. 16, 16. Denn weltgerichtet werden 1. alle Ungläubigen, 2. alle, die nicht von neuem geboren worden sind, das sind die lauen Christen, 3. alle, denen das Evangelium unbekannt geblieben ist. Offenb. 22, 12 lag uns, nach welchem Maßstabe gemessen wird. Es ist alles, was wir getan oder geredet haben, aufgezeichnet in den Büchern Gottes. Der Herr gibt jedem, was er selbst erwählt hat. Wir sollen nicht grübeln, sondern danach ringen, daß unser Name ins Lebensbuch eingetragen wird. Wir können das nur durch die ererbende Liebe Christi: 1. Joh. 1, 9. Der letzte Vortrag „Wege in die Welt des Obediensoollen“ findet statt Freitag den 20. 3. in Wärenfels, Gasthof Kade.

Seifersdorf. Für Sonntag den 15. März nachmittags hatte der Reichsbund für Aufbau und Aufwertung eingeladen zu einem Vortrag über das zu erwartende neue Aufwertungsgezet. Die Einberufung hatte der früher hier ansässige Gutbesitzer Gustav Lieber, heutiger Auszügler und Privatist, wohnhaft bei seiner Tochter, der jetzigen Gutbesitzerin Frau Kästner in Großhilsa, in lebenswüchsigster Weise übernommen. Der Saal des Seifersdorf Gasthofes war trotz der winterlichen Witterung, die sehr viele Interessierte sicher vom Erscheinen abgehalten hat, sehr gut besetzt. Aus allen Nachbarortschaften war man gekommen. Der Referent, Herausgeber des in weiteste Kreise gedragenen Aufwertungsblattes „Der Volksbegehrt“, Koester-Heuckendorf, führte in seiner gewohnten ruhigen und allgemein verständlichen Art die Zuhörer mitten in die komplizierte Materie des Aufwertungsproblems. Die neue Gesetzesvorlage ist in erster Linie als neues Aufwertungsgezet an Stelle der 3. Steuernotverordnung gedacht und enthält die grundlegenden Änderungen zur Milderung der ungewissen wirtschaftlichen Härten, die durch die 3. Steuernotverordnung geschaffen sind. Im allgemeinen steht eine Aufwertung der alten Hypotheken auf 25% zu erwarten. An meldung von Ansprüchen zur Aufwertung ist zurzeit auf jeden Fall zu unterlassen bis das neue Gezet Kraft erlangt. Die bisherige Aufwertungsquote von 15% ist lediglich als Mindestsatz zu betrachten. Der höheren Aufwertung auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens zwischen Gläubiger und Schuldner stehen keinerlei Bedenken entgegen. Diese höhere Aufwertung dürfte im eigenen Interesse mancher Schuldner liegen, da durch sie ein wirksames Gegengewicht gegen die zu erwartende Zwangshypothek geschaffen wird. Nach einer kurzen Pause beantwortete der Redner in sachlicher, leicht fahbarer Art und meist in der Weise, daß die Anfrager beruhigt werden konnten. Der Vortragende schloß mit der Mahnung unentwegten Zusammenhaltens aller Geschädigten, denn nur ein einiges Vorgehen aller Betroffenen sichere den Erfolg der Bewegung. Trotz aller wirtschaftlichen Bedenken, die der Redner noch nachdrücklich geltend machte, darf man nicht untergeben der Glaube an das deutsche Volk, das Treu und Glauben unerschütterlich festhalten bei Volk und Regierung. Der lange, wohlthuende, aufrichtig gemeinte Beifall aller Zuhörer bewies dem Redner deutlich deren Dankbarkeit. Anfragen wollte man an die Organisation des Reichsbundes für Aufwertung richten und zwar zu Händen des Schriftleiters des offiziellen Organs des Bundes, Schriftsteller Koester in Heuckendorf.

Dresden, 17. März. Der Landtag stand heute unter dem Zeichen der großen Rede des Finanzministers. Merkwürdigerweise brachte die Öffentlichkeit dieser wichtigen Angelegenheit recht wenig Interesse entgegen. Die Tribünen waren nur schwach besetzt und sogar das Haus wies zahlreiche Lücken auf. Zunächst wurden drei Vorlagen in Schlußberatung angenommen, und zwar die über die Gewährung eines einmaligen Staatsbeitrages für die Jahreschau Deutscher Arbeit 1925. (Wohnung und Siedlung), über die Gewährung eines Darlehens an die Größt-Teilermehrbau-Vähtengesehenschaft in Leipzig und die eines Schuldenanbahnungsentwurfs. Sodann hielt Finanzminister Dr. Reinhold seine großangelegte Rede. Er schilderte zunächst die wirtschaftliche Lage Deutschlands des vergangenen Jahres und der Gegenwart und gab einen Ausblick auf die Zukunft. Er wies auf die ungeheure Gefahr hin, daß wir uns von der guten Inlandskonjunktur des letzten Jahres haben täuschen lassen und dabei unsere Beziehungen zur Weltwirtschaft unterschätzt haben. Die passive Handelsbilanz, die sich in zunehmendem Maße herausstellte, sei so bedrohlich geworden, daß wir für die Zukunft die allergrößte Sorge haben müssen. Unser zum Teil unnötiger Import bedeute eine zunehmende Verschuldung Deutschlands an das Ausland. Die Auslandskredite müßten auch bezahlt und verzinst werden, das könne für uns katastrophal werden. Der Minister wendete sich dann dem sächsischen Etat zu. Er zeigte das sichtbare Ergebnis, daß wir aus unserer Bevölkerung mehr als das Doppelte an Staatssteuern herausheben müssen, als im letzten Friedensjahre. Dazu kommen noch die Reichssteuern und Gemeindefteuern. Das lege uns die Pflicht auf, künftig noch größere Sparbarkeit zu üben. Eine ganz enorme Steigerung zeigen sich bei den Personalskassen. Wenn man zu einer ausreichenden Beamtenbesetzung kommen wollte, dann müßte man ernstlich bestrebt sein, den Verbrauch an Personal zurückzuführen. Alle die Summen, die wir nicht aus Reichssteuern erhalten, müßten auf dem Wege der Realsteuern aufgebracht werden. Weiter sei danach zu streben, den Ertrag unserer werdenden Betriebe so zu steigern, daß es möglich ist, die Steuerlast zu vermindern. Ausführlich ging der Minister dann auf die Verkehrsprobleme ein. Nachdem wir die Eisenbahnen verloren haben, müßte dafür gesorgt werden, daß wir auf anderen Gebieten wieder größeren Einfluß gewinnen, um daraus größere Erträge zu bekommen. Um den Autoverkehr zu heben, habe sich die Regierung entschlossen, die Staatsstraßen für den Autoverkehr herzurichten. Die wichtigsten Verkehrsstraßen sollen mit Kleinspinnflaster belegt werden. Weiter habe sich der Saal der Schiffsverkehrsinteressen angenommen. Die Hergebe der amerikanischen Anleihe zeige, daß man im Ausland wieder volles Vertrauen in die Entwicklung Sachsens habe. Der Finanzminister schloß seine von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten sehr beifällig aufgenommene Rede mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß es trotz der beschränkten Mittel Sachsens möglich sein werde, den wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen gerecht zu werden. Der Weg in die Zukunft des deutschen Volkes sei zu werden. Der Weg in die Zukunft des deutschen Volkes sei voller Entschlossenheit und Opfer und es werde die ganze Fähigkeit der Nation in die Zukunft des deutschen Volkes gebraucht werden, um bis an das Ende dieses Weges zu kommen, an dem wir finden werden das alte deutsche Recht und die alte deutsche Freiheit. Mit den alten deutschen Rechten und der alten deutschen Freiheit über der Rede des Ministers schloß die Sitzung. Die Ausprache über den Staatshaushaltplan soll heute Mittwoch beginnen und nötigenfalls nächsten Dienstag den 24. März fortgesetzt werden. Mit der Staatsberatung wird die Beratung über 23 Anträge und Anfragen verbunden.

Der Reichsbund für die Reichspräsidentenwahl erklärt folgenden Aufruf an das deutsche Volk: Zum ersten Male werden

die deutschen Wähler und Wählerinnen am 20. März an die Wahlurne gerufen, um für sieben Jahre einen Reichspräsidenten zu wählen. In diesem historischen Tage müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Standes fallen. Die Wähler sollen nur den besten und würdigsten Mann berufen. Deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich haben, gemeinsam mit den Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsbund vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg, normalen Reichsminister des Innern und Vizekanzler zu empfehlen. Dabei war für den Reichsbund maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist von großer Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauterer Charakter, ein Mann des nationalen Fortschritts und herbeidischer christlicher Gesinnung, bewährt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr. Herr Dr. Jarres vereint in sich Eigenschaften guter deutscher Art und leistet Gewähr für eine sachliche gerechte Führung der Geschäfte, für Reinheit der Verwaltung in allen Dingen. Er hat in schwerster Zeit seine Person rücksichtslos für Staat und Volk eingesetzt, er hat als Staatsmann die Einheit des Reiches in vertrauensvoller gemeinsamer Arbeit mit den Regierungen aller deutschen Länder gefördert. Die vereinigten Parteien und Verbände fordern alle deutschen Frauen und Männer und die deutsche Jugend auf, für den Kandidaten des Reichsbundes zu werben. Überall sind Wahlschlösser zu bilden und Wähler zu sammeln. Bei starker Anspannung aller Kräfte kann der Sieg schon im ersten Wahlgang errungen werden. Unsere Parole ist: Die Einheit der Deutschen, die Reinheit des öffentlichen Lebens, das Staatswohl über dem Parteigeist, ein Weg, ein Wille. Der Aufruf ist unterzeichnet von den Führern der bürgerlichen Parteien, der großen wirtschaftlichen Verbände, den vaterländischen Organisationen und einer großen Anzahl prominenter Persönlichkeiten außerhalb der Politik und Wirtschaft.

Die sächsischen Geschäfte der Barmatz. Ueber die für die sächsische Staatskasse so außerordentlich verlustreich verlaufenen Lebensmittelschäfte der Barmatz macht der Landtagsabgeordnete Börner—Leipzig folgende Mitteilungen: Wirtschaftsminister Schwarz war derjenige, der im Jahre 1920 die Firma Import Maatschappij in Amsterdam (Amerima) große Lieferungen an Speck usw. für die sächsische Regierung vermittelt hatte. Der Verkauf der Lieferungen erbrachte einen großen Verlust. Im Haushaltsplan für 1921 wurden hierfür 150 Millionen 840 Tausend Mark angefordert, wovon ein großer Verlust auf den Verkauf von Kokosöl, Tapiokamehl und Reis entfiel, welche Lieferung von der Firma J. W. Frank in Kopenhagen herrührte und 18 Millionen auf ein Konto M. der Einkaufsgesellschaften für Ost- und Westafrika kamen, so daß der wirkliche Verlust des sächsischen Staates an den durch den Wirtschaftsminister getätigten Barmatzgeschäften 121 Millionen 140 Tausend Mark betrug. In Wirklichkeit handelte es sich um vier einzelne Geschäfte, die mit der Amerima zustandbekommen sind. Die ersten beiden Verträge stammten vom 17. Februar und 28. April 1920 für Lieferung von je zweimal 1000 Tonnen Schmalz. Der gesamte Kaufpreis wurde von der Amerima bis 31. Dezember gegen eine Haftkündigung des sächsischen Staates im Gesamtbetrag von 63 Millionen Mark gegen eine Verzinsung von 6 1/2 Prozent jährlich gefordert. Der Verlust an diesen beiden Geschäften betrug 1 800 000 Mark. Am 15. September 1920 wurde das dritte Geschäft abgeschlossen. Durch dieses Geschäft wurden eingekauft 500 Tonnen Speisefett, 3500 Tonnen Schmalz und 1500 Tonnen Speck. In diesem dritten Geschäft hätte der sächsische Staat, da inzwischen der Preis bedeutend heruntergegangen war, 80 750 000 Mark ein. Am 6. November 1920 ist noch ein vierter Vertrag mit der Amerima auf Lieferung von 1500 Tonnen Schmalz abgeschlossen worden, bei dessen Abschluß ein Fehlbetrag von 38 500 000 Mark entstanden ist.

Präsident, 17. März. Der Landeskulturrat hielt heute mittag seine 73. Versammlung ab, die voraussichtlich die letzte sein dürfte. Der Dekonomierat Steiger erinnerte an das 75 jährige Bestehen des Landeskulturrates und an den bevorstehenden Abzug. Das vergangene Jahr sei eines der schwersten für die Landwirtschaft gewesen. Katastrophen für die Lage des Landwirts durch den unerschütterlichen Steuerdruck und durch das Fehlen jedweden Zollschutzes geworden. Der Landeskulturrat habe alles getan, um die Lage der Landwirtschaft zu erleichtern. Leider fehlen aber durchgreifende Maßnahmen der maßgebenden Stellen bis heute. Nachdem die neue Reichsregierung eine Steuerreform in die Wege geleitet habe, dürfe wohl die Landwirtschaft erwarten, daß ihre berechtigten Forderungen in Erfüllung gehen. Die Versammlung nahm dann einen Antrag an, durch den der Landeskulturrat dahin wirken soll, daß bei Neuregelung der zuständigen Gesetzgebung das sächsische Fortbildungsschulwesen so geregelt wird, daß den Erfordernissen der Landwirtschaft und deren Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft gebührende Rechnung getragen wird. Dann sprach Dekonomierat Reich—Lautsch über die Einführung eines Zollschutzes für landwirtschaftliche Erzeugnisse und begründete folgenden Antrag: Die Gesamtregierung wolle beschließen, der Landeskulturrat sprich seine Verwunderung aus, daß die Reichsregierung in Handelsvertragsverhandlungen eingetreten ist, ohne vorher einen neuen Zolltarif aufzustellen. Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart und nächsten Zukunft ist es, den inneren Markt zu stärken. Nur, wenn das gelingt, kann unser Wirtschaftsleben wieder gesunden. Der Landeskulturrat fordert deshalb eine völlige Gleichstellung der Landwirtschaft mit der Industrie und warnt eindringlich davor, auf Kosten der Landwirtschaft Handelsverträge abzuschließen. Im Interesse von Garten-, Obst- und Weinbau wird erwartet, daß der Reichstag dem Abkommen mit Spanien seine Zustimmung verleiht. Weiter berichtete Dekonomierat Richter—Lautsch über die Beschaffung von Betriebskrediten für die Landwirtschaft. Seine Ausführungen verdrängten sich in folgendem Antrag: Die Gesamtregierung wolle beschließen, die von der Reichsregierung zur Durchführung einer grundlegenden Steuerreform bis jetzt vorgelegten neuen Gesetzentwürfe tragen den von der Landwirtschaft hinsichtlich einer wirtschaftlich tragbaren Steuerpolitik gestellten Anträgen nur 3. E. Rechnung. So ergibt die neue Vermögenssteuer in Verbindung mit der Erbschaftsteuer eine auf die Dauer viel zu hohe Belastung des landwirtschaftlichen Grund- und Betriebsvermögens, da neben dem hohen Vermögenssteuertarif die Besteuerung des Kindeserbes beibehalten werden soll. Für das Reichsbewertungsgesetz muß bei der Veranlagung der Einzelbetriebe unter Einrechnung in die festgestellten Einheitswerttabelle eine ausschlaggebende Mitwirkung der Landwirtschaft gesetzlich festgelegt werden, wenn nicht gerade in der wichtigsten Frage der Wertermittlung bezüglich der Heranziehung von sachverständigen Landwirten eine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Regelung eintreten sollte. Der Landeskulturrat fordert unbedingte Anerkennung der Landwirtschaftlichen Buchführung. Die schwerwiegenden Bedenken aber müssen geltend gemacht werden gegen die in Aussicht genommene Aenderung des Finanzausgleichsgesetzes, nach der den Ländern und Gemeinden ab 1. April 1926 ein Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zugesprochen werden soll. Die Landwirtschaft bezweifelt, daß durch die Einführung des Zuschlagsrechts, für das keine Höchstgrenze festgelegt ist, das finanzwirtschaftliche Verantwortungsgefühl der einzelnen Steuergehaltenden im Sinne einer Anpassung des Zuschlagsbedarfes an die vorhandene Steuerkraft gefördert wird, ist vielmehr der Auffassung, daß die rein fiskalischen Gesichtspunkte bei der Ausübung der zugesprochenen Besteuerungsrechte unter Hinterrücklassung der in den Ländern und Gemeinden dringend gebotenen Sparmaßnahmen noch mehr als bisher in den Vordergrund treten werden. Schließlich fordert der Landeskulturrat in Uebereinstimmung mit seinen bereits früher gestellten Anträgen Befreiung der Landwirtschaft von der Gewerbesteuer, Befreiung der landwirtschaftlichen Guts- und Arbeiterwohnungen von der Mietsteuer, Aufhebung der Jugitersteuer und Erhebung der Grundsteuer nicht über das letzte Einkommen hinaus.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 20. März
Hennersdorf. 8 Uhr Bibelstunde bei Gutsbesitzer Gustav Krammolt.
Reinholdshain. 8 Uhr Bibelstunde bei Zimmermann. Sup. Michael.

Trefse heute wieder mit einem frischen Transport circa 20 Stück
Ostpreussisch-Holländer
Zucht- und Nutztvieh



ein. Darunter sind ganz hochtragende und frischgelabte Kühe und Kalben.
Garantieren für nur erstklassige Tiere mit höchster Milchleistung bei günstigen Zahlungsbedingungen.
Bitte gütigst um Besichtigung und Unterstüzung.

Paul Wolf

Dippoldiswalde, Altenberger Straße 142
Fernsprecher 175

Maisschrot

— grob und fein — empfiehlt billigt
B. Heise, Ratsmühle Dippoldiswalde

Saatgetreide — Saatkartoffeln

— Original und Nachbau — liefert
Gugo Rahnefeld G. m. b. H., Dippoldiswalde (Sa.)
Telephon 199

Burgker harte Stückkohle

vom Marienbacht eingetroffen
Braune, am Bahnhof

Hausmädchen

fortbildungsschulfrei, sucht f. l. Epr.
Stiftsgut Ripplon

grüne Seringe

Apfelsinen
saftig, dünnhäutige Ware
— 14 Stück 1 M. —
empfiehlt

Bruno Hamann

Starter, gutgehender
Zagochse
steht zum Verkauf
Reinholdshain Nr. 34

Zuchtkuh

zu verkaufen Hennersdorf Nr. 50

Ein Pferd

(Rappe) hochtragend und ein
Zuchtbulle
zu verkaufen Reichstädt Nr. 46

Hochtragende Zuchtkuh

wegen Nachzucht zu verkaufen.
Röhlinger, Dippoldiswalde

Hafersstroh

verkauft
Flemming.

Drucksachen aller Art.: E. Jehne

Frischgebrannten hochprozentigen

Weißkalk

empfiehlt in bekannter Güte

Staatliches Kalkwerk Hermsdorf i. E.



Maschinenoel

Kermann Lommatzsch
Drogerie zum Elefanten
Dippoldiswalde

„Alte Pforte“

Dippoldiswalde

Donnerstag den 19. März



Doppel-Schlachtfest



mit musikalischer Unterhaltung.

Von 10 Uhr ab schlaucht warmes Weißfleisch, abends die beliebtesten Schlachtschällein, Rindfleisch, usw. usw.

Der Fachmann staunt,
der Laie wundert sich
über Güte und Preiswürdigkeit!

Hierzu ladet höflichst ein

Bruno Wögel

Gasthof

„Talsperre Malter“

Donnerstag den 19. März



Schlachtfest!

Hierzu laden freundlichst ein
Arthur Schmieder und Frau

Deutsche Turnerschaft

Sonntag den 22. März nachmittags Punkt 1/5 Uhr im Saale der „Reichs'zone“ Dippoldiswalde

Mannschafts-Wettkampf

der Besten der Dorturnervereinigung des Turnbezirks Freital gegen Turnbezirk Dippoldiswalde im Geräteturnen. Eintritt mit Steuer 75 Pf. — Der Veranstaltung folgt Tanz

Allen Einwohnern von

Reinhardtsgrimma und Umgeg.

Hierdurch zur Kenntnis, daß ich eine

Reparatur-Werkstatt

Fahrrad- u. Nähmaschinenhandlung
eingesichtet habe und bitte um gütige Unterstüzung. Alle ins Fach einschlagenden Arbeiten werden prompt und sauber ausgeführt.
Reinhardtsgrimma, am 18. März 1925.

Willy Vogler

Mechanikermeister

Ich zeige ergebenst an, daß ich mit einem frischen Transport

Seeländer u. dänischer

Arbeitspferde



eingetroffen bin und stelle dieselben unter bekannter realer Beilehnung bei mir zum Verkauf

Bruno Zimmermann

Tel. Pöhlshausen Nr. 8

Arbeitspferd

eine
junge Kuh
verkauft

Herm. Scharfe
Ruhf 28. Tel. 80

Wegen

Geschäftsaufgabe

verkaufe ich mein

Pferd

sowie sämtliches
Wagen- und Schlittenmaterial.
Oswald Hofmann, Hirschheimstr.

Ein alterer

Wirtschaftsgehilfe

für ein Paar junge Pferde der Familienanschlag für sofort oder später gesucht. Ebenfalls wird noch ein

Pferdeknecht

gesucht. Rittergut Wilmersdorf

Getreide

kauft

Louis Schmidt

Felle

und alle andern Felle kauft jederzeit zu den höchsten Preisen

Max Arnold

Dippoldiswalde, gegenüb. d. Post
Auch werden Felle zum Geben angenommen.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 65

Mittwoch den 18. März 1925

91. Jahrgang

Das neue sächsische Wohlfahrtspflegegesetz

Von Dr. Doris Hertwig, M. d. L.

Am 1. April wird das neue sächsische Wohlfahrtspflegegesetz in Kraft treten, das der Landtag am 12. März verabschiedet hat. Es ist zugleich Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 und zu der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924. Doch ist der Aufgabenkreis gegenüber den reichsrechtlichen Verpflichtungen bedeutend erweitert worden. Pflichtaufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind nun in Sachsen außer den in den beiden Reichsgesetzen genannten die Gefährdetenfürsorge, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die Wohnungspflege, die Bekämpfung der Tuberkulose, die Bekämpfung des Alkohollismus und die Trinkerfürsorge, die Krüppelhilfe, die Fürsorge für Blinde, Taubstumme, Ertaubte und Sieche, die Fürsorge für Schwachsinrige, Idioten, Fallsüchtige und Geisteskranke, die Wandererfürsorge und die Strafenlassungsfürsorge. Wohnungspflege, Bekämpfung der Tuberkulose und Krüppelhilfe waren neben der Säuglings- und Kleinkinderpflege bereits Hauptaufgaben seit Inkrafttreten des sächsischen Wohlfahrtspflegegesetzes im Jahre 1918. Außerdem soll die öffentliche Wohlfahrtspflege nach Maßgabe ihrer Kräfte das Samariterwesen und die gemeinnützige Rechtsberatung fördern. In bezug auf die geschlossene Fürsorge hat der Staat die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß den Bezirksfürsorgeverbänden ausreichend öffentliche und private Anstalten zur Verfügung stehen. Auch die Organisation der Strafenlassungspflege und der Arbeitsfürsorge für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte liegt ihm ob, doch haben sie Bezirksfürsorgeverbände ihm bei der Durchführung seiner Aufgaben Verwaltungshilfe zu leisten. An Stelle der bisherigen Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege, der 110 Pflegebezirke treten nun als Bezirksfürsorgeverbände die bezirksfreien Gemeinden und die Bezirksverbände. Das bedeutet für manche Gemeinden innerhalb eines Bezirksverbandes, die bisher die Aufgaben der Wohlfahrtspflege selbstständig erfüllt haben, einen Verzicht auf ihre Selbstverwaltung, der ihnen schwer fallen wird. Doch ist die Härte der Bestimmung dadurch gemildert worden, daß die Bezirksverbände die Ausübung einzelner Aufgaben und Aufgabengebiete den Gemeinden zur selbstständigen Erledigung übertragen können. Auch können zur gemeinschaftlichen Erfüllung solcher Aufgaben Zweckverbände geschaffen werden, und zwar soll die Uebertragung erfolgen, wenn die Gemeinden zur Erfüllung der Aufgaben leistungsfähig und willens sind. Hinsichtlich der bestehenden und künftigen Einrichtungen finden die §§ 152 und 153 der Gemeindeordnung Anwendung. Die Genehmigung einer Neueinrichtung durch die Bezirksgemeinden kann der Bezirksverband nur aus wichtigen Gründen und mit Genehmigung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums ablehnen. Gegen eine Verfügung kann die Gemeinde Beschwerde einlegen. Damit ist das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden in bezug auf die Wohlfahrtspflege wenigstens in gewisser Weise gewahrt. Die Notwendigkeit, größere Bezirke zu schaffen, ergab sich eben aus dem erweiterten Aufgabenkreis, kleine Bezirke würden finanziell nicht in der Lage sein, die durch dieses Gesetz neu auferlegten Pflichten zu erfüllen.

Die behördlichen Verwaltungsstellen der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind die Wohlfahrts- und Jugendämter, die jede bezirksfreie Gemeinde und jeder Bezirksverband zu errichten hat, soweit sie nicht schon bestehen, und das Landeswohlfahrts- und Jugendamt. Wer in den örtlichen Verwaltungsstellen zur Mitarbeit herangezogen werden soll, wird durch Ortsgesetz geregelt. Doch ist es der Wunsch des Landtags, daß in den Ausführungsbestimmungen genauere Hinweise dafür gegeben werden sollen. Es liegt im Interesse der Sache, daß die Mitwirkung aller der Kreise, denen die Förderung der Wohlfahrtspflege am Herzen liegt und die Erfahrung auf den verschiedenen Gebieten haben, gesichert wird. Zur sachgemäßen Bearbeitung der vielseitigen Aufgaben sollen Fach- und Unterbezirksausschüsse gebildet werden; auch kann die Erledigung einzelner Geschäfte oder Gruppen von Geschäften freien Vereinigungen der Wohlfahrtspflege oder einzelnen erfahrenen, bewährten Männern und Frauen widerruflich übertragen werden. Pflegeausschüsse bei den Gemeinden und Bezirksverbänden sowie Fachausschüsse und ein Landesamt für Wohlfahrtspflege mit einem Beirat haben bereits auf Grund des Wohlfahrtspflegegesetzes von 1918 bestanden, insofern war der Vorwurf der übermäßigen Bürokratisierung, der von verschiedenen Abgeordneten im Landtag gegen den im neuen Gesetz vorgesehenen Aufbau erhoben wurde, unberechtigt. Außerdem ist bei jedem Amt ein Beschwerdeauschuss zu bilden, zu dem auch Vertreter der Hilfsbedürftigen oder ihrer Verbände heranzuziehen sind. Damit der Beschwerdeauschuss nicht zu groß wird, was der schnellen Erledigung der Einzelfälle abträglich sein würde, empfiehlt sich, abgesehen von den amtlichen Mitgliedern, je nach dem zu behandelnden Falle ein wechselnder Personenkreis.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Landeswohlfahrts- und Jugendamtes sind je ein Vertreter der beteiligten Ministerien sowie drei Vertreter der sächsischen Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger, ein Bezirksarzt und ein hauptamtlicher Fürsorgearzt, je zwei Vertreter der bezirksfreien Städte und Bezirksverbände, je ein Vormundschafftsamt und ein Jugendrichter, eine Wohlfahrtspflegerin und ein Sozialbeamter, ein Bezirksschulrat und je ein Vertreter (Vertreterin) der Volks-, Berufs- und höheren Schulen, außerdem eine weitere Zahl von sachkundigen Männern und

Frauen aller Bevölkerungskreise, von denen fünf Zehntel vom Landtag gewählt und fünf Zehntel vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium berufen werden. Diesem Landesamt stehen auch Fachausschüsse sowie ein Beschwerdeauschuss zur Seite.

Die größte Schwierigkeit bestand bei den Landtagsverhandlungen in der Regelung der Kostenfrage. Nach der Regierungsvorlage wollte der Staat fast sämtliche Kosten den Bezirksfürsorgeverbänden aufbürden. Wäre es dabei geblieben, dann war die sichere Folge, daß bei den jetzigen unzureichenden Steuerüberweisungen die Bezirksfürsorgeverbände ihre wohlfahrtspflegerischen Aufgaben nur zu einem geringen Teile hätten erfüllen können, das Gesetz wäre ein papierenes geblieben. Da das selbstverständlich nicht der Wille des Gesetzgebers war, so mußte ein gerechter Lastenausgleich geschaffen werden. Auf Beschluß des Landtags muß nun der Staat als Landesfürsorgeverband die Hälfte der Kosten für die geschlossene Fürsorge in den Staatsanstalten übernehmen und im übrigen den Bezirksfürsorgeverbänden einen Zuschuß gewähren, dessen Höhe im Staatshaushaltplan jeweilig festgesetzt wird und über dessen Verteilung das Landeswohlfahrts- und Jugendamt Richtlinien aufstellt, die dem Landtag zur Kenntnis zu bringen sind.

Auch trägt der Staat die Kosten der Organisation bei der Strafenlassungspflege und bei der Arbeitsfürsorge für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte. Ferner können die Bezirksfürsorgeverbände Kostenerstattung vom Staate verlangen, wenn dieser nach der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht verpflichtet ist, für Unterstützung von Ausländern, Staatenlosen und von Personen, für die der endgültig verpflichtete Fürsorgeverband außerhalb Sachsens keine Erstattung zu gewähren braucht, weil die auf Grund dieses Gesetzes gewährte Unterstützung die reichsrechtlichen Pflichtleistungen übersteigt.

Wenn auch durch diese Beschlüsse für die Bezirksfürsorgeverbände finanzielle Erleichterungen geschaffen worden sind, so haben sie trotzdem noch erhebliche Lasten zu tragen. Sie sind darum mehr denn je auf die Mithilfe der freien Wohlfahrtspflege angewiesen, deren Tätigkeit ja viel älter ist als die der amtlichen Fürsorge. So haben z. B. die Innere Mission wie auch andere charitative Vereinigungen eine große Zahl von Anstalten, Heimen und sonstigen Einrichtungen für die verschiedenen Zweige der Wohlfahrtspflege geschaffen, die wertvolle Ergänzungen der staatlichen Einrichtungen darstellen, ja zum Teil sogar die einzigen ihrer Art sind. Ebenso sind die finanzielle Hilfe und die vielen Kräfte, die aus reiner Menschenliebe ehrenamtlich mitarbeiten, von größter Bedeutung für die Durchführung der umfangreichen neuen Aufgaben. Die Möglichkeit der Mitarbeit ist darum auch besser im Gesetz verankert worden, als es in der Regierungsvorlage der Fall gewesen war. Vertretungen der freien Vereinigungen wie auch einzelne, erfahrene, sachkundige Männer und Frauen sollen zu allen Ausschüssen — Fachausschüssen, Beschwerdeauschüssen und dem Landeswohlfahrts- und Jugendamt — in genügender Zahl zugezogen werden. Wird ein friedliches, sachliches Hand-in-Hand-Arbeiten von amtlicher und freier Wohlfahrtspflege erreicht, so wird die beste Gewähr dafür geschaffen, daß das neue Gesetz mit seinen hohen Anforderungen, die sich aber aus der großen sozialen Not Sachsens ergeben, zum Segen für die sächsische Bevölkerung werden wird, vorausgesetzt, daß verständnisvolle, warmherzige Menschen es in rechter Weise ins Leben, in die Tat umsetzen.

Die kulturelle Entwicklung der Neger in Amerika.



Dettas Nase.

Humoreske von E. Kolfs.

(Nachdruck verboten.)

Tante Kordulas ganzes Dasein war ihrer Nichte Detta geweiht. Detta war aber gar nicht ihre wirkliche Nichte, sondern die Tochter einer verarmten Jugendfreundin, die einem gleichenden Uebel erlegen war. Kordula hatte ihr vor ihrem Tode versprochen, sich des Kindes anzunehmen. Von da an hieß Fräulein Kordula Herbst „Tante Kordula“, und dieses Tantenamt füllte sie ganz und gar aus. Tante Kordula war keineswegs in glänzenden Verhältnissen, aber das hatte sie nicht abgehalten, die Sorge für das Kind auf sich zu nehmen. Was brauchte denn so ein kleines Ding? Als Detta mehr kostete, richtete Tante Kordula eine Etzschule ein, und das gab einen netten Zuschuß

zu den Zinsen. Detta hing mit großer Liebe an Tante Kordula. Die wiederum wäre im Besitz des Kindes vollkommen glücklich gewesen, wenn nicht die Rase einen starken Schatten auf dieses Bild geworfen hätte. Nicht ihre eigene Rase, sondern Dettas. Tante Kordulas Rase war auch durchaus nicht schön, aber das hatte ihr nie Stummer gemacht. Doch über Dettas Rase kam sie nicht hinweg. Es war eine sogenannte Himmelfahrtsnase, deren Spitze fast zum Himmel strebte, und die wirklich nicht sehr gut ausfiel. Tante Kordula ärgerte sich und zog jeden Tag eine ganze Weile an dem Rädchen, doch ohne jeden Erfolg. Und als Detta einmal weinend berichtete, daß eine Mitschülerin ihr gesagt habe, sie solle sich in acht nehmen, daß es nicht zu arg in ihre Nase regne, da geriet Tante Kordula rein außer sich. Es stand bei ihr fest, daß ihr Liebling mit dieser Rase niemals einen Mann bekommen würde, trotzdem sie sonst ein wirklich hübsches Mädchen zu werden versprach. Große strahlende blaue Augen unter feingekamerten Brauen, dunkles, etwas krauses Haar, irisrote Lippen und ein warmer, bräunlicher Teint — das alles hatte Detta aufzuweisen, aber die Nase! Sie schwärmte für Medizin. Als junges Mädchen hatte sie nur einen einzigen Ball mitgemacht, und da hatte der Vertreter eines alten Arztes den Kotillon mit ihr getanzt. Er hatte keine andere Dame mehr bekommen, und er hatte deshalb wohl oder übel Kordula Herbst nehmen müssen, die durchaus nicht zu den gesuchten Tänzerinnen gehörte. Sie war nicht hübsch, und sie tanzte schlecht. Aber Dr. Frühling unterhielt sich während der Pausen vortrefflich mit ihr, und die beiden kamen Frühling und Herbst gaben ihm Anlaß zu fortwährenden Scherzen. Er brachte seine Kotillonbände nach Hause und sagte beim Abschied, es sei schade, daß man sich jetzt erst kennen gelernt habe, gerade, wo seine Beziehung zu Ende sei. Es war das einzige, an eine Liebesgeschichte erinnernde Erlebnis in Kordulas Dasein, und sie war fest überzeugt, daß sie Frau Dr. Frühling geworden wäre, wenn der junge Arzt nicht so schnell hätte abreißen müssen. Seit jenem Kotillon interessierte sie sich brennend für alles Medizinische; es gehörte zu ihrem, ach, so kurzen Liebestraum!

Kurz nach dem Ball starb ihre Mutter, und der Vater, ein schon bejahrter, grämlicher Herr, hatte keine Lust, die Tochter auszuführen. Kordula verlangte auch nicht danach, denn sie wußte, daß sie doch nur Bauerbismilch sein würde. Sie versorgte den Vater treulich und pflegte ihn hingebend in jahrelanger Krankheit. Als er starb, war sie bereits eine angehende alte Jungfer, und ihr Leben gewann erst wieder einen Inhalt, als sie Dettas Tante wurde. Ohne die unglückliche Rase wäre sie vollkommen glücklich gewesen. Das traurigste dabei war, daß sie wußte, es gab Hilfe für diesen Schönheitsfehler. Wie oft hatte sie schon gelesen, daß manche Ärzte Nasenkorrekturen mit glänzendem Erfolg ausführten. Aber das kostete natürlich schrecklich viel Geld, und Dettas kleines, ererbtes

Spital durfte nicht angegriffen werden. Das würde schon der Vormund nicht zugeben, dem Tante Kordula absolut kein Verständnis für ihren Kastenummer antrug. Uebrigens wollte auch Detta selbst nichts davon wissen. Sie versicherte, als sie herangewachsen war, sie bestände sich sehr wohl mit ihrer Nase, und Tante Kordula sollte sich keinen Kummer mehr darum machen. Aber diesen Rat vermochte die zärtliche Tante nicht zu befolgen. Da trat — Detta war eben achtzehn Jahre alt — ein Glücksfall ein: Tante Kordula erbt von einem kinderlos verstorbenen Better ein paar tausend Mark, und ein seltsames Juwarentreffen fügte es, daß sie gerade an dem Tage, als die Erbchaft ausgezahlt wurde, einen Ausflug in einer Zeitschrift fand, der von dem großartigen Erfolge eines Pariser Arztes auf dem Gebiet der Nasenkorrekturen handelte. Offenbar war es diesem Doktor Arnould eine Kleinigkeit, eine Himmelfahrtsnase in eine griechische oder römische umzuwandeln. Nun gab's kein Hindernis mehr, und Detta mußte doch einsehen, daß Tante Kordula nur ihr bestes im Auge hatte. „Sieh mal, Kind,“ so stellte sie ihr vor, „es ist ja gar nicht schlimm. Man wird dir ein Stück Haut vom Oberschenkel nehmen, natürlich geht das bei dem jetzigen Stand der ärztlichen Wissenschaft ganz schmerzlos vor sich. Es ist sicher lange nicht so schlimm, als wenn man zum Zahnarzt muß, und bei dem bist du doch auch schon gewesen.“ Detta war zwar nicht sofort einverstanden, aber schließlich willigte sie ein. Eine Reise nach Paris war sicherlich etwas sehr Angenehmes, und war man erst dort, so brauchte man deshalb noch lange nicht zum Doktor Arnould zu gehen. Streifen konnte sie noch im letzten Augenblick. Detta fand sich nämlich trotz ihrer Himmelfahrtsnase keineswegs häßlich, und sie hatte schon manchmal bemerkt, daß die Leute auf der Straße — auch junge Herren zuweilen — sie aufmerksam und nicht ohne Wohlgefallen ansahen. Aber Tante Kordula behauptete, daran sei eben nur die auffallende Nase schuld.

An einem herrlichen Morgen wurde nach wochenlangen Vorbereitungen die Reise nach Paris angetreten. Detta hatte fleißig ihre französische Schulgrammatik revidiert und sich auch eine Menge auf die Reise bezügliche Bolabellen und Redensarten eingeprägt. Tante Kordula hatte ihr hübschen französisch natürlich längst vergessen. Sie hatte entsetzliche Angst vor der Reise, aber die Hoffnung, daß Detta als makellose Schönheit über die Hofbahn würde, hielt sie aufrecht. Sie nach Hause zurückkehren würde ein ganzes volles Menschenleben, und der Gedanke, daß Detta es finden würde, sobald die Nase verbessert sein würde, war für sie zur fixen Idee bei Tante Kordula geworden.

Die erste größere Station, Eisenach, war nach einständiger Fahrt erreicht, und das gefährdete Umsteigen ging glatt vor sich. Eisenach war den beiden Reisenden bekannt, gehörte gewissermaßen noch zur Heimat. Aber als es in Frankfurt wieder hieß: „Umsteigen“ und als es darauf ankam, in nur sechs Minuten den richtigen Wagen zu finden, da war Tante Kordula fassungslos. Ohne auf Dettas Zusage zu achten, rannte sie kreuz und quer, bat jeden Beamten, der ihr in den Weg kam, um Auskunft, und wußte schließlich doch nicht, wo sie einsteigen mußten. Da rief hinter ihr Dettas helle Stimme: „Tantchen, hierher,“ und als sie sich umdrehte, stand Detta neben einem stattlichen jungen Mann, der ihr das Handgepäck abgenommen hatte und nun sehr höflich beiden Damen beim Einsteigen behilflich war. Er suchte ihnen gute Plätze aus und sicherte sich den seinen Detta gegenüber. Tante Kordula stammelte zwar etwas von „Damenabteil“, aber der höfliche junge Mann versicherte, im Zug sei es ja von gar keiner Bedeutung, in was für einem Abteil man säße, und dies sei überdies eins für Nichtraucher. Da beruhigte sie sich und war sogar sehr zufrieden, als sich herausstellte, daß der junge Herr ebenfalls nach Paris reiste und daß er fertig französisch sprach. Er erbot sich, dem Fräulein noch etwas Unterricht in der Sprache unserer westlichen Nachbarn zu erteilen. Gott sei Dank! Nun konnte Tante Kordula beruhigt ihr Mittagsschläfchen halten. Die zwei jungen Deutschen parlierten munter drauf los, und auch, als Tante Kordula in Münster am Stein erwachte, ließen sie sich nicht hören, denn die Zeit mußte doch ausgenutzt werden. Der junge Mann stellte sich nun der Tante offiziell vor. Er war Ingenieur, hieß Gollberg und reiste im Auftrage der Fabrik, in der er tätig war, nach Paris. In lebenswichtigster Weise war er für seine Reisegefährtinnen besorgt. Er bestellte Kaffee und Kuchen und überreichte der Tante Kordula ein Buch aus seiner Reisetasche, damit ihr die Zeit nicht zu lang würde. Aber es sei doch von größter Wichtigkeit, daß der französische Unterricht recht intensiv fortgesetzt würde. Das sah Tante Kordula ein, und sie war dem Ingenieur recht dankbar, daß er

so vielseitig auf allerlei interessante Stationen, die man berührte, aufmerksam machte. Saarbrücken — Weg — wie ließen diese Namen in ihr die Erinnerung an die Jahre 1870 und 1871 aufleben. Je näher man aber dem Ziel kam, desto lebhafter wurde die Unterhaltung zwischen Detta und dem Ingenieur — das Mädchen hatte wirklich einen riesigen Verzeißer! Es war doch keine Kleinigkeit, Stundenlang nur französisch zu sprechen. „Ich mache großartige Fortschritte,“ versicherte Detta der Tante. Und Herr Gollberg bestätigte es mit strahlender Miene. Dann aber, schon ganz in der Nähe von Paris, bekam Detta plötzlich einen ganz werten Kopf und wurde auffallend still. Und auch der Ingenieur schien seine Lust mehr zur Unterhaltung zu haben, und auch er sah sehr ernst aus. Ob sich die beiden auf französisch geant hatten? Das wäre ja freilich, denn Tante Kordula hatte sicher angenommen, daß der freundliche Reisegefährte ihnen auch bei der Ankunft in Paris behilflich sein würde. Sie sagte sich deshalb ein Herz und wandte sich an Herrn Gollberg mit der Bitte, sich ihrer auch noch anzunehmen, da sie im Hotel gelandet sein würden. Da strahlte er mit einemmal wieder und sagte Detta an der Hand und sagte: „Aber selbstverständlich, verehrtes Fräulein, ich werde doch Sie und mein Fräulein nicht im Stich lassen! Detta hat mir eben versprochen, meine Frau zu werden, und ich hoffe —“

„Ihr Fräulein?“ Detta — aber davon weiß ich kein Wortchen —

„Natürlich nicht, da die Sache auf französisch mit sich gegangen ist.“

„Ja, Tantchen,“ bestätigte Detta, „und es ging famos. Weißt du, das Verb almer lernt man ja schon in der Schule ganz gründlich. Doch in der Praxis ist's ungeschwieblicher.“

„Aber, Kind, Kind, — was wird denn nun mit dieser Sache?“

„Die bleibt, wie sie ist, Tantchen, Kurt findet sie nämlich allerliebste.“

„Entscheidend sind ich Sie, wie das ganze Mädchen! Damit bräute der glückliche Bräutigam einen Kuß auf das rechte Nasenflügelchen. Die drei Reisenden waren klein in dem Abteil, so daß er sich nicht zu genteren konnte.“

Da mußte Tante Kordula endlich einsehen, daß Dettas Kasse kein Ehehindernis war.

Der Erbe.

Roman von D. Olfert.

Hermanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66, 1924.

1. Kapitel.

„Verzeihung — ist dies der richtige Weg zur Heilanstalt Waldfrieden?“

Das junge Mädchen, das auf einer rohgezimmernten Bank am Rande des Waldes saß, und den Blick auf der leblichen Hügelandschaft zu ihren Füßen ruhen ließ, sah sich erschrocken um. Vor ihr stand ein häßlich gezierter junger Herr, dessen Näherkommen sie nicht bemerkt hatte.

Mit höflichem Gruß lästete der Fremde den Hut. „Ich bitte nochmals um Verzeihung gnädiges Fräulein,“ sagte er, „daß ich es wagte, Ihre idyllische Ruhe und Einsamkeit zu stören. Ich komme von Wendorf, wo ich die Eisenbahn verließ; der Omnibus, der mich mit noch einigen Leuten hätte hierher bringen können, schien mir ein allzu seltsames Ungeheuer, als daß ich mich ihm anvertrauen mochte. Und da man mir sagte, daß ein schöner Weg durch den Wald nach der Heilanstalt führt, so ging ich lieber zu Fuß. Und ich habe es nicht bereut. Aber jetzt teilt sich der Weg in mehrere Zweige, und nun weiß ich nicht, welchen derselben ich einschlagen soll.“

Der junge Herr sprach schnell und hastig und seine dunklen Augen irrten unruhig umher. Der Weg durch den sommerlichen Wald hatte ihn warm gemacht; dennoch zeigte sein Gesicht eine gelbliche Blässe und unter seinen Augen lagen tiefe Schatten. Ein leidender

Zug prägte sich in seinen Menen aus; seine schlauze Gestalt schien durch eine Krankheit abgemagert.

Die junge Dame hatte sich erhoben.

„Dieser breitere Weg führt zu dem Dorfe, dessen Häuser sie dort im Tale liegen sehen,“ erwiderte sie, auf die friedlich inmitten hübscher Gärten stehenden Häuser und Hütten zeigend. „Jener Fußpfad wird sie binnen einer Viertelstunde in die Anlagen des Sanatoriums Waldfrieden bringen. Sie können den Turm des Hauptgebäudes dort aus den Bäumen hervorragen sehen.“

„Das scheint mir ein recht prächtiger Turm zu sein,“ entgegnete er lächelnd. „Da hinein sperrt man wohl die Widerspenstigen und die Unheilbaren.“

„Ich verstehe Sie nicht, mein Herr,“ sagte das junge Mädchen verwundert.

„Nun, ist das Sanatorium nicht so gut, wie eine Irrenanstalt?“

„Sie irren sich. Waldfrieden ist ein Sanatorium für Erholungsbedürftige.“

„Ja, ja, das kennt man, sagen Sie nur lieber für Halbwerrückte, gnädiges Fräulein.“

„Aber mein Herr!“

„Verzeihung. Sie glauben wohl auch, einen dieser Halbwerrückten vor sich zu sehen? Noch bin ich es nicht, aber vielleicht bestünde ich mich schon auf dem Wege, es zu werden. Augenblicklich bin ich aber nur ein Erholungsbedürftiger — nach schwerer Operation und Krankheit.“

„Dann hätten Sie den weiten Weg zu Fuß aber nicht machen dürfen. Sie sehen so erschöpft aus.“

„In der Tat — ich glaube, ich habe mir etwas zu viel zugemutet. Gestatten Sie, daß ich mich hier ein wenig ausruhe?“

Er nahm auf der Bank Platz und lehnte sich ermatet zurück.

Schweigend sah er in die liebliche Landschaft hinaus, aber der Umbild schien keine freundlichen Eindrücke in seiner Seele auszulösen, seine Miene blieb finster und teilnahmslos.

Mit Interesse betrachtete das junge Mädchen den Fremden, dessen blaßes Gesicht von seinem Schnitt war; ein dunkler Schnurrbart beschattete den schön geformten Mund, die dunklen Augen und das braun gelockte Haar erhöhten noch die Blässe seines Antlitzes; schade, daß eine gewisse Erschlaffung in seinen Zügen wie über seiner ganzen Gestalt lag.

„Ich bitte um Entschuldigung,“ sagte er nach einer Weile, sich emporrichtend, „daß ich so schweigsam bin. Sie sind wohl auch eine Bewohnerin des Sanatoriums, mein Fräulein?“

„Nein,“ entgegnete sie lächelnd. „Ich bin Gott sei Dank nicht krank.“

„Das sieht man Ihnen an,“ sagte er mit bewunderndem Blick ihre in Jugendfrische schwellende Gestalt und ihr schönes, von der Luft und der Sonne leicht gebräunt Gesicht betrachtend.

Sie errötete leicht.

„Aber wie kommen Sie hierher, wenn ich fragen darf?“ fuhr er fort.

„Ich wohne dort unten im Dorfe.“

„In jenem kleinen Nest?“

„Ja, mein Vater ist dort Pfarrer.“

„Ah, das ist etwas anderes. Erlauben Sie, daß ich mich vorstelle — mein Name ist Rolf Niedberg — Alter: siebenundzwanzig — Stand: Rentier — Charakter: schwankend, wie seine Gesundheit — Beschäftigung: keine — besondere Kennzeichen: herzkrank. So, nun kennen Sie mich, und ich würde es mir zur Ehre anrechnen, wenn ich auch Ihren Namen erfahren könnte.“

„Meinen Namen werden Sie sowieso leicht erfahren, da ich Ihnen schon sagte, daß ich die Tochter des Pfarrers bin und mein Vater Herrn Doktor Winter im Sanatorium öfter besucht. Also mein Name ist Hildegard Vingardt. Das muß Ihnen schon genügen.“ sagte sie lächelnd hinzu. „Ein Signalement meiner Person vermag ich nicht zu geben.“

„Ist auch nicht nötig, gnädiges Fräulein,“ versetzte er rasch. „Wer verlangt von der Vollkommenheit ein Signalement?“

Sie wandte sich zum Gehen.

„Adieu, mein Herr.“

Er eilte ihr nach. „Ich habe Sie durch mein faßes Kompliment gewiß verlezt,“ sagte er. „Ich bitte, verzeihen Sie mir. Es war nicht böse gemeint.“

„Nun denn, ich verzeihe Ihnen,“ entgegnete sie lächelnd.

„Und bleiben Sie nur hier. Ich will Sie nicht vertreiben.“

„Sie vertreiben mich nicht, aber ich muß sehr nach Hause. Sie Sonne scheint sich an, zur Ruhe zu gehen.“

„Ja, es will Abend werden,“ sprach er und sein Gesicht nahm einen seltsam düsteren Ausdruck an. „Ich hoffe die Nacht, ich fasse die Dunkelheit,“ setzte er hastig hinzu.

Ein unheimliches Gefühl schlich sich in Hildegards Seele. Der nervöse Zustand des Fremden löste ihr fast ein Gefühl der Furcht ein, das mit einem herzlichen Mitleid gemischt war.

„Wollen Sie nicht das Sanatorium aufsuchen?“ fragte sie. „Sie werden dort gewiß erwartet.“

„Ja.“

„Nun, so brechen Sie auf. Die Ruhe dort wird Ihnen gut tun.“

„Ich danke Ihnen. Ja, Ruhe, vollständige Ruhe — ich will gehen — werde ich Sie wiedersehen?“

„Vielleicht.“

„Sie müssen es mir versprechen.“

„Nun denn, ich komme öfter ins Sanatorium. Die Gattin Dr. Winters ist meine Freundin.“

„Das ist gut. Jetzt erscheint mir diese Heilanstalt nicht mehr als ein Gefängnis.“

„Das ist sie auch nicht. Doch nun adieu!“

„Neben Sie wohl, Fräulein Hildegard — ach, auf Wiedersehen, auf baldiges Wiedersehen!“

Er streckte ihr die Hand entgegen, doch sie tat, als bemerkte sie es nicht, nickte ihm freundlich zu und entfernte sich rasch.

Rolf Niedberg blickte ihrer schlanken Gestalt nach, bis sie hinter den Büschen, die den Feldweg einsäumten, verschwunden war.

Dann sank er mit einem Seufzer auf die Bank zurück.

Seine Augen schweiften teilnahmslos über die Landschaft, die wohl geeignet war, auch einem verwöhnten Geschmack zu gefallen. Inmitten des Tales wand sich ein silberner Bache gleich, ein Fluß hin, der dort, wo sich das Tal verengte, eine Mühle trieb und rauschend und schäumend über das hohe Wehr fiel. Zu beiden Seiten des Tales zogen sich Wiesen, Felder und Gärten die Abhänge der Berge hinauf, begrenzt durch herrlichen Hochwald, der die Gipfel der Berge bedeckte. Höher und höher türmten sich dann die Berge auf, ein malerisches Gewirr von Schluchten und Tälern bildend, aus dem hier und da der spitze Turm eines Kirches oder die in der Abendsonne blühenden Fenster eines Hauses hervorragen.

In der Mitte des Tales, dort, wo die Landstraße über eine malerische alte Brücke lief, lag, eingebettet in Obstgärten und grüne Wiesen, das Dorf Waldheim. Friedlich und still lugten die weißen Bauernhäuser aus dem Grün der Gärten hervor.

Auf einer kleinen Anhöhe lag ein altes Kirchlein mit spitzem Turm, daneben ein einfaches, rebenumspinnenes Haus — wahrscheinlich das Pfarrhaus. Am Ende des Dorfes breitete sich ein großer Gutshof aus mit seinen langgestreckten Scheunen und Ställen und einem stattlichen Herrenhaus.

Das Dorfchen machte einen so stillen, beschaulichen, friedlichen Eindruck, daß Rolf den Blick nicht von ihm abwenden konnte. Wenn das Sanatorium Waldfrieden denselben, friedlichen, anheimelnden Charakter aufwies, dann würde er dort gewiß seine Ruhe, seine Kraft, seine Gesundheit wiederfinden.

Unwillkürlich schweiften seine Blicke zu dem prächtigen Turm hinüber, der über die Bäume emporragte und dessen Wetterfahne in der Abendsonne wie flässhiges Gold blinkte. Jetzt bemerkte er auch, daß aus der Öffnung oben im Turm eine Fahne herausragte und leicht im Winde hin und her flatterte.

Was sollte die Fahne auf diesem der Stille, der Erholung, der Ruhe geweihten Orte? Sie ärgerte Rolf; sie paßte nicht in diese stille, ländliche Umgebung, wie der ganze prächtige Turm nicht zu ihr paßte.

„Ich wünschte, ich wäre nicht hierher gekommen!“ flüsternte Rolf vor sich hin. „Aber schließlich ist es ja einerlei, wo ich mein verlorenes Leben hindringe.“

Er verank in düstere Träumerei.

Die Sonne tauchte in die Nebelschicht der Ferne unter, den Himmel mit leuchtenden Bluten erfüllend, während sich im Tale bereits die Schatten der Dämmerung ausbreiteten. Der Einsame bemerkte es nicht; er sah auch den Herrn nicht, der raschen Schrittes den Fußpfad heraufkam, bis er vor ihm stand und höflich grüßend den Hut zog.

„Habe ich das Bergnügen, Herrn von Niedberg zu sehen?“ fragte der Herr mit sanfter, einschmeichelnder Stimme.

„Das ist mein Name. Was wünschen Sie von mir?“ versetzte Rolf mißmutig.

„Ich wünsche nichts weiter von Ihnen, mein verehrter Herr von Niedberg, als daß Sie mich in mein bescheidenes Heim begleiten, wo Sie freundlich erwartet werden.“

„Wer sind Sie?“

„Doktor Fritz Winter, mit Ihrer Erlaubnis.“

„Ah so — der Leiter des Sanatoriums Waldfrieden?“

„Allerdings, ich bin der ärztliche Leiter und Besitzer des Sanatoriums Waldfrieden. Ich gebe mir alle nur erdenkliche Mühe, der leidenden Menschheit eine Stätte des Friedens und der Erholung zu bereiten, nachdem sie ihre Kräfte im Kampf mit der Welt aufgerieben hat.“

„Und Sie stehen sich nicht schlecht dabei, wie ich sehe,“ erwiderte Rolf mit einem spöttisch lächelnden Blick auf die fugelechte Gestalt des kleinen Arztes.

Dieser suchte sich würdevoll in die Höhe zu recken. „Meine Wohlbeleibtheit mag Ihnen ein Beweis des gesunden Aufstehens hier sein, mein lieber Herr,“ entgegnete er. „Manche meiner Patienten beneiden mich um mein gesundes Aussehen. Wenn die Nerven gesund funktionieren sollen, mein bester Herr von Niedberg, so müssen sie in einem gewissen Fettzustand liegen. Das ist der Schluß meiner ärztlichen Erfahrung. Allerdings dürfen Herz, Lunge und Nieren nicht darunter leiden.“

„Danke für die Belehrung. Aber wie kommen Sie hierher?“

„Ich hörte von dem Kutscher des Omnibus, daß Sie den Weg durch den Wald genommen hätten, und ging Ihnen entgegen. Es war nicht ganz vorläufig von Ihnen, mein lieber Herr, an diesem warmen Tage zu Fuß zu gehen.“

„Ein Weg von einer Stunde wird mir nicht schaden.“

„Wir wollen es hoffen. Aber darf ich jetzt bitten, mir zu folgen? Wir werden gerade recht zum Souper kommen. Mit einer ärztlichen Untersuchung will ich Sie heute abend nicht mehr plagen, dazu ist morgen noch Zeit genug. Sanitätsrat Bernhardt hat mir ja auch eingehend über Ihren Zustand berichtet. Erschöpfung der Kräfte, Erschlaffung der Nerven infolge einer Blinddarmpoperation — nun, das wollen wir schon alles wieder ins rechte Geleise bringen.“

„Hat Ihnen Sanitätsrat Bernhardt auch berichtet, daß ich so gut wie ein Bettler bin?“ warf Rolf finster ein.

„Das ist mir ein Vergnügen.“

„Wir wollen es hoffen. Aber darf ich jetzt bitten, mir zu folgen? Wir werden gerade recht zum Souper kommen. Mit einer ärztlichen Untersuchung will ich Sie heute abend nicht mehr plagen, dazu ist morgen noch Zeit genug. Sanitätsrat Bernhardt hat mir ja auch eingehend über Ihren Zustand berichtet. Erschöpfung der Kräfte, Erschlaffung der Nerven infolge einer Blinddarmpoperation — nun, das wollen wir schon alles wieder ins rechte Geleise bringen.“

„Hat Ihnen Sanitätsrat Bernhardt auch berichtet, daß ich so gut wie ein Bettler bin?“ warf Rolf finster ein.

„Das ist mir ein Vergnügen.“

„Wir wollen es hoffen. Aber darf ich jetzt bitten, mir zu folgen? Wir werden gerade recht zum Souper kommen. Mit einer ärztlichen Untersuchung will ich Sie heute abend nicht mehr plagen, dazu ist morgen noch Zeit genug. Sanitätsrat Bernhardt hat mir ja auch eingehend über Ihren Zustand berichtet. Erschöpfung der Kräfte, Erschlaffung der Nerven infolge einer Blinddarmpoperation — nun, das wollen wir schon alles wieder ins rechte Geleise bringen.“

„Das ist mir ein Vergnügen.“

„Wir wollen es hoffen. Aber darf ich jetzt bitten, mir zu folgen? Wir werden gerade recht zum Souper kommen. Mit einer ärztlichen Untersuchung will ich Sie heute abend nicht mehr plagen, dazu ist morgen noch Zeit genug. Sanitätsrat Bernhardt hat mir ja auch eingehend über Ihren Zustand berichtet. Erschöpfung der Kräfte, Erschlaffung der Nerven infolge einer Blinddarmpoperation — nun, das wollen wir schon alles wieder ins rechte Geleise bringen.“

„Das ist mir ein Vergnügen.“

„Wir wollen es hoffen. Aber darf ich jetzt bitten, mir zu folgen? Wir werden gerade recht zum Souper kommen. Mit einer ärztlichen Untersuchung will ich Sie heute abend nicht mehr plagen, dazu ist morgen noch Zeit genug. Sanitätsrat Bernhardt hat mir ja auch eingehend über Ihren Zustand berichtet. Erschöpfung der Kräfte, Erschlaffung der Nerven infolge einer Blinddarmpoperation — nun, das wollen wir schon alles wieder ins rechte Geleise bringen.“

„Das ist mir ein Vergnügen.“

„Wir wollen es hoffen. Aber darf ich jetzt bitten, mir zu folgen? Wir werden gerade recht zum Souper kommen. Mit einer ärztlichen Untersuchung will ich Sie heute abend nicht mehr plagen, dazu ist morgen noch Zeit genug. Sanitätsrat Bernhardt hat mir ja auch eingehend über Ihren Zustand berichtet. Erschöpfung der Kräfte, Erschlaffung der Nerven infolge einer Blinddarmpoperation — nun, das wollen wir schon alles wieder ins rechte Geleise bringen.“

„Das ist mir ein Vergnügen.“

der D
im G
-fälle
3 Uhr
ergebe
Firma
Born
ertrag
Speer
Krois
Artho
Frida
fol in
10
meißb
Dieses
D e w
als G
psilich
das T
Städte
hätte
Wort
— der
hätten
katt; a
nung.
in der
deutum
ständig
tragens
geigte
der N
kennen
schäp
stämme
Kreim
Nemp
und u
als 2
Jahren
etwa
andere
Reidit
Hochk
für die
gab m
Lut er
süßlich
schaffte
sich zu
neue,
Kradit
merker
höchste
Rüche
und 10
es zu
Orab
es sich
reicher
Derau
daß di
öffentl
mitgab
Gelsen
nach i
durch
die Ch
stete.
scheint
wie d
plm,
fährte,
voll ist
und w
unwef
kamm
Die ge
Meier
der G
Verdr
forcht
kamm
begab
vor de
pariert
bevor
ins M
nicht r
großen
kammen